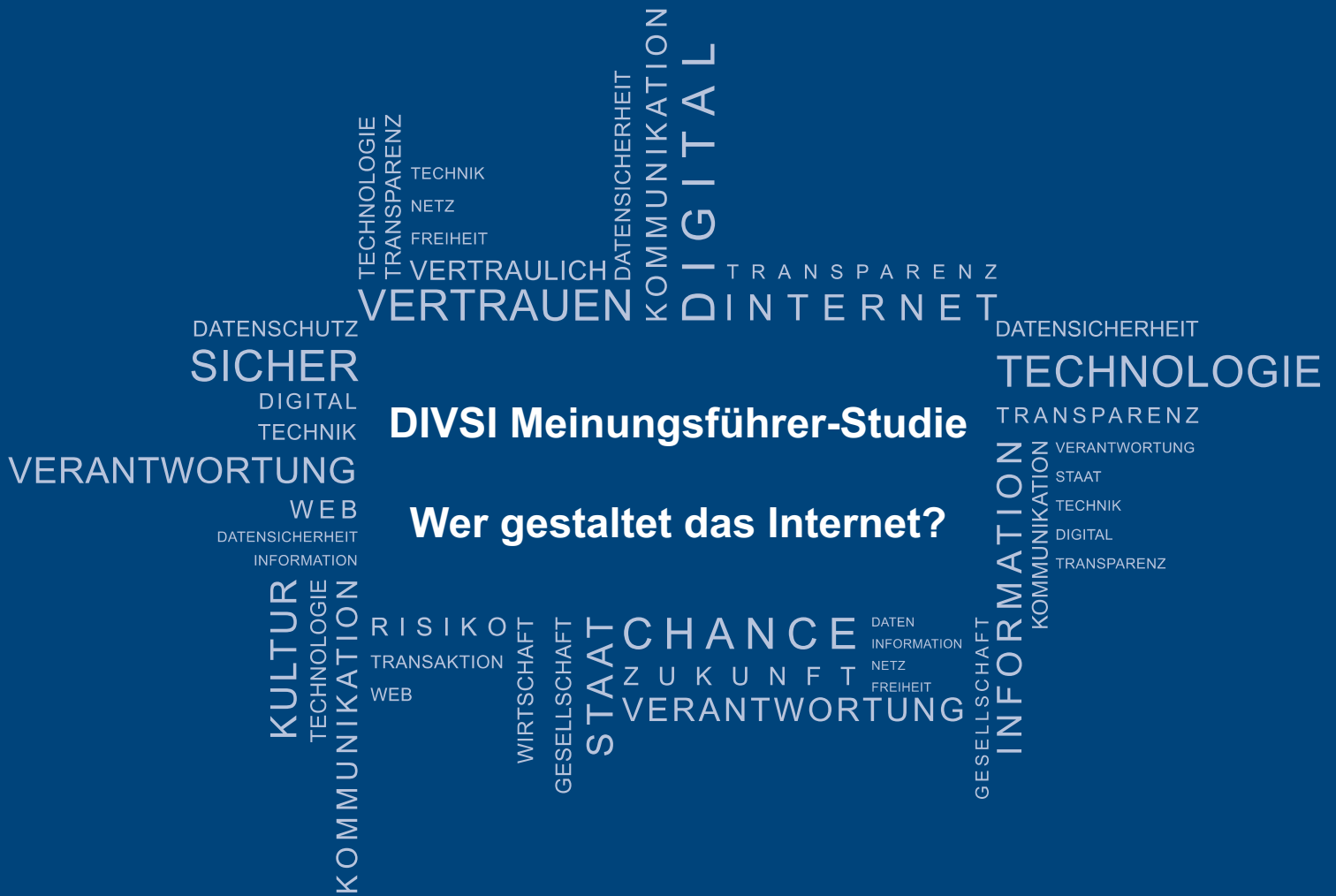




Deutsches Institut
für Vertrauen und
Sicherheit im Internet





DIVSI Meinungsführer-Studie

Wer gestaltet das Internet?

Eine Untersuchung des
SINUS-Instituts Heidelberg
im Auftrag des
Deutschen Instituts für
Vertrauen und Sicherheit
im Internet (DIVSI)



Heidelberg, Oktober 2012

Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI)
Mittelweg 142, 20148 Hamburg
Matthias Kammer, Direktor
Joanna Schmölz, Wissenschaftliche Leitung
Dr. Dirk Graudenz, Projektteam Studien

SINUS-Institut, Heidelberg
Projektleitung: Dr. Silke Borgstedt
Text: Dr. Silke Borgstedt, Cornelia Appel, Dr. Marc Calmbach
Projektteam: Matthias Arnold, Manfred Tautscher, Susanne Ernst

Inhalt

	Seite
Vorwort	4
1. Ausgangslage, Zielsetzung und Vorgehensweise	7
2. Die Landkarte aktueller Herausforderungen im Netz – Aus der Sicht von Meinungsführern	13
3. Perspektiven der Netz-Akteure	17
3.1. Politik/Öffentliche Verwaltung: Über Meilensteine, Leitplanken und Vertrauensanker	17
Verringerte Distanz zwischen Politik und Bürger durch das Internet	18
Der Schutz des Bürgers als vorrangiges Ziel der Politik	19
Vormachtstellung globaler Unternehmen gefährdet Steuerungsfähigkeit des Staates	21
Definition verbindlicher Sicherheitsstandards und Stärkung der Medienkompetenz nötig	23
3.2. Wirtschaft: Über Chancen, Tempo und gute Aussichten	25
Internet als Rahmenbedingung der Gegenwart	26
Unternehmen sehen sich als Kapitäne im Meer der Möglichkeiten	27
Politik ist „überevorsichtige“ Bremse von Wirtschaftswachstum und Innovation	28
Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte öffentliche und politische Meinungsbildung sichern	31
3.3. Vertreter der Zivilgesellschaft: Über bedrohte Visionen, beschränkte Teilhabe und die Suche nach einem Wertekonsens	35
Internet als Motor gesellschaftlicher Veränderungsprozesse.....	36
Persönlicher Einsatz für ein freies Internet als Wissensressource für alle.....	37
Wirtschaft und Staat verschließen das Netz vor den Bürgern	38
Demokratisierung des Wissens und Regulierungsentschleunigung notwendig.....	39
3.4. Medien: Über Konfliktfelder, Machtkonstellationen und die nötige Relativierung von Chancen und Risiken	41
Internet als Schlüsseltechnologie und Themengenerator	42
Medien als Beobachter und Begleiter schnelllebiger Veränderungsprozesse	44
Fehlende Balance realistischer Chancen- und Risikoeinschätzung bei anderen Akteuren.....	45
Technologische Innovationen benutzerfreundlicher und damit sicherer machen.....	46

3.5. Wissenschaft: Über Strukturwandel, Gestaltungsnotwendigkeiten und neue gesellschaftliche Gräben	49
Internet als Auslöser eines kulturellen Wandels.....	50
Beschreiben, vergleichen und einen Überblick gewinnen.....	51
Alle Akteure haben Nachholbedarf in punkto Internet – mit Ausnahme der Wirtschaft.....	52
Stärkung der Bedeutung von Forschung und Bestimmung von konkretem Handlungsbedarf.....	54
4. „Babylonisches Sprachgewirr“: Sicherheit zwischen Recht und Freiheit – aber ohne Einigkeit	59
Umfassende Sicherheit im Internet gibt es nicht.....	60
Sicherheit im Internet als Herausforderung für Wirtschaft und Politik.....	61
Kaum ein Common Sense im Diskurs über Sicherheit im Internet?	62
Sicherheit als „heißes Eisen“	65
Verantwortung als „Schwarzer Peter“	66
5. OSI Layer 8: Verantwortlich und Träger aller Risiken ist der Nutzer.....	67
Empfehlung an den Nutzer: Sich technisch absichern und klug verhalten!	69
Vertrauen beginnt dort, wo Eigenverantwortung aufhört.....	70
Vertrauen als Leitwährung im Internet	71
Vertrauen ohne Sicherheit? Der mutmaßliche Rechtsrahmen als Fall-Back-Strategie.....	74
6. Fazit – Vier Thesen zur aktuellen Situation im Netz-Diskurs	77
Keiner ist mehr offline – Leben ohne Internet ist eine Illusion.....	78
Die Verantwortung bleibt beim Nutzer hängen – keiner will sie ihm abnehmen	79
Die Macht liegt bei den Machern: Marktführende Unternehmen prägen die Verhaltensregeln	79
Das Internet gibt es nicht (mehr).....	81



Matthias Kammer, Direktor des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI)

DIVSI Meinungsführer-Studie: Wer gestaltet das Internet?

DIVSI will – so unsere selbst formulierte Arbeitsgrundlage – einen offenen und transparenten Dialog über Vertrauen und Sicherheit im Netz organisieren und mit neuen Aspekten beleben. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, wollen wir der Öffentlichkeit aktuelle Fakten liefern, die dann als Basis für breite Diskussionen sorgen können.

Mit unserer mittlerweile bundesweit bekannten und anerkannten „Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet“ haben wir ein wichtiges Zwischenziel erreicht. Diese erste Studie untersuchte, welche Motivationen und Einstellungen die in Deutschland lebenden Menschen in ihrem Verhältnis zum Internet bestimmen und welche Erwartungen sie hinsichtlich Sicherheit und Datenschutz haben.

Die heute vorgelegte DIVSI-Studie geht einen Schritt weiter und stellt einen bedeutenden und klar umrissenen Personenkreis in den Fokus. Wiederum in bewährter Zusammenarbeit mit dem renommierten SINUS-Institut haben wir bundesweit auf wissenschaftlicher Basis ermitteln lassen, wie es Meinungsführer in Deutschland mit dem Internet halten.

Wir wollten wissen: „Wer gestaltet eigentlich das Internet?“ Wie gut kennen sich Meinungsführer im Netz aus, wie schätzen sie ihre Einflussmöglichkeiten ein? Wie werden Sicherheits- und Freiheitsbedürfnisse bewertet? Welche Chancen, Konfliktfelder und Risiken erwachsen daraus?

In aufwändigen persönlichen Gesprächen wurden führende Repräsentanten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Medien, Verbände, Öffentlicher Dienst und Wissenschaft interviewt. Nie zuvor hat es eine derart spezifizierte Untersuchung in Deutschland gegeben. Aus den Ergebnissen der Studie lassen sich vier wesentliche Aussagen ableiten, die ich hier kurz nennen möchte:

- Privatwirtschaftliche Unternehmen sind Treiber aktueller Entwicklungen im Netz. Unternehmen sind damit nicht nur Akteure, die Angebote bereitstellen, sondern auch diejenigen, die die Regeln bestimmen und kontinuierlich verändern.

- Keiner ist mehr offline. Das Internet gewinnt in immer mehr Lebensbereichen an Bedeutung. Online- und Offline-Sphären durchdringen sich zunehmend. Die beiden Zustände lassen sich immer weniger voneinander unterscheiden.
- Eine Gesamtverantwortung für „das Internet“ wird von den Meinungsführern strukturell weder als möglich betrachtet noch gewollt. Ihre Lösung besteht darin, die Verantwortung zu großen Teilen an den Nutzer weiter zu reichen.
- Es wird immer schwieriger, für den Verhandlungsraum Internet generell gültige Regelungen und gegenseitige Vereinbarungen zu treffen. Der Diskurs bewegt sich von einer rein technologischen Perspektive zunehmend zu einer Frage nach der „digitalen Kultur“.

Kennern unserer ersten Studie fällt sicher unmittelbar auf, dass die Aussagen der Meinungsführer zum Teil einen deutlichen Kontrast zu den im letzten Jahr ermittelten Einstellungen und Handlungsweisen der Bevölkerung bilden. 39 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen waren demnach „Digitale Outsider“. Aus Sicht derjenigen, die das Internet gestalten, leben aber auch sie in einer Umgebung, die fortwährend stärker von der Online-Welt geprägt wird. Die Bewertung von Erkenntnissen dieser Form wird aus unserer Sicht wertvolle Impulse für zukünftige Diskussionen geben.

Sicherlich wird das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet mit den vorgelegten Ergebnissen nicht überall ungeteilten Beifall finden. Das aber kann und darf uns nicht daran hindern, auch möglicherweise unwillkommene Fakten zur Diskussion zu stellen. Die Studie soll – fernab jeder Vordergründigkeit und Effekthascherei – eine Basis liefern, die dazu beitragen kann, unsere vernetzte Welt vertrauenswürdiger und sicherer zu machen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen informative und spannende Stunden mit der DIVSI Meinungsführer-Studie – eine Untersuchung, die wir in den kommenden Monaten mit dem SINUS-Institut noch zu einer bundesweit repräsentativen Studie ausbauen werden. Diese Arbeit soll zur CeBIT 2013 präsentiert werden.

Matthias Kammer
Direktor DIVSI

1. Ausgangslage, Zielsetzung und Vorgehensweise

HANDLUNGSBEDARF

VERTRAUEN

LANDKARTE

CHANCE

MEINUNGSFÜHRER

RISIKO

DIMENSION

MEINUNG

AKTEURE

ALLTAG

SICHERHEIT
HYPOTHESE

WISSEN

RELEVANZ

INTERNET

METHODE
VERMESSUNG

DIVSI MILIEU-STUDIE

1. Ausgangslage, Zielsetzung und Vorgehensweise

Ausgangslage und Zielsetzung

Untersuchungen zum Thema Internet fokussieren bislang fast ausschließlich die Nutzerperspektive. Mittlerweile wissen wir daher einiges darüber, wer sich wo, wie oft und warum im Netz bewegt.

Wer aber gestaltet eigentlich „das Internet“? Wer sind die Meinungsführer, welche Einflussmöglichkeiten haben sie und wie gut kennen sie sich selbst im Internet aus? Wie werden die jeweiligen Sicherheits- und Freiheitsbedürfnisse bewertet und verhandelt? Welche neuen (gesellschaftlichen) Chancen, aber auch Konfliktfelder und Risiken erwachsen daraus?

Diese Fragen soll die DIVSI Meinungsführer-Studie beantworten helfen, indem sie Führungskräfte und Verantwortungsträger aus Politik/Verwaltung, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft sowie Vertreter der Zivilgesellschaft zu Wort kommen lässt. Der vorliegende Band ist Ergebnis des ersten Teils der Untersuchung, in dem vertiefende Interviews mit über 60 Experten durchgeführt wurden. Im zweiten Teil der Untersuchung wird die Meinungsführerlandschaft in Deutschland im Rahmen einer Repräsentativerhebung erfasst. Hieraus wird sich erstmalig ein detailliertes Bild darüber ergeben, wie diejenigen über das Internet denken, die nicht nur mitspielen, sondern die Spielregeln maßgeblich mitgestalten.

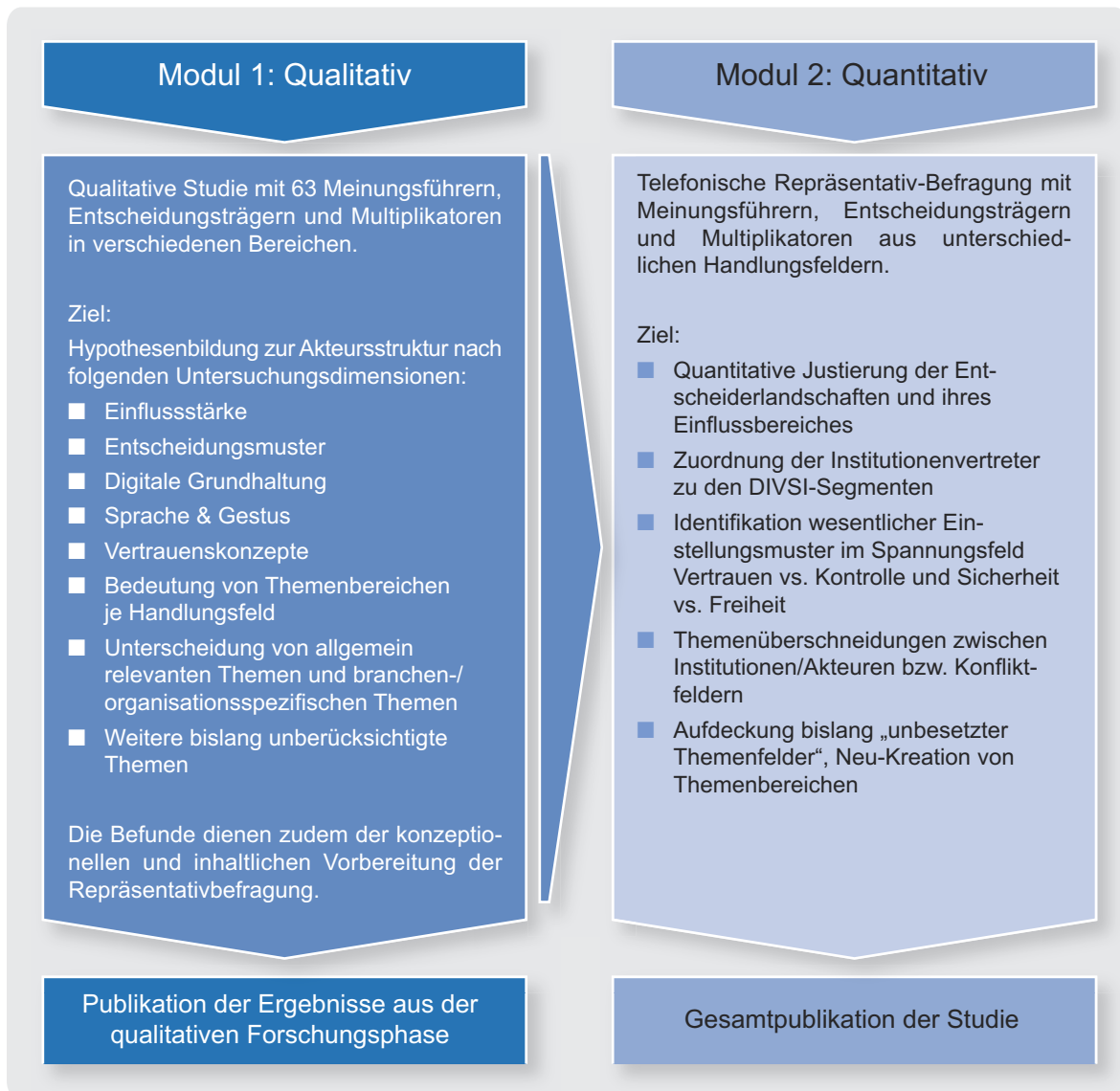
Vorgehensweise

Ziel der Untersuchung ist eine Analyse der Akteursstrukturen im Netz; dabei soll dargestellt werden, wer das Internet gestaltet und zwar...

- ...mit welchen Mitteln?
- ...mit welchen strategischen Partnern?
- ... gegen welche Widerstände?
- ... mit welchem Know-how?
- ... mit welcher digitalen Grundhaltung?

Hierfür wurde ein zweistufiges Vorgehen gewählt, das in der folgenden Grafik dargestellt ist:

Vorgehensweise



Die Interviews behandelten folgende Themenblöcke:

- Skizzierung des eigenen Arbeitsumfelds
- Bedeutung des Internets im eigenen Arbeitsumfeld
- Persönliche Grundhaltung zu Internet und Digitalisierung
- Relevanz von Vertrauen und Sicherheit im Internet und Beurteilung von Chancen und Risiken für das eigene Tätigkeitsfeld
- Wahrnehmung anderer Akteure im Internet-Diskurs
- Einschätzung der Kenntnisstände der Bevölkerung
- Verantwortung für Risiken im Internet und Förderung digitaler Teilhabe
- Einschätzung von Gegensatzpaaren (z.B. Sicherheit vs. Freiheit, „bottom-up“ vs. „top-down“, Vertrauen vs. Kontrolle, Nutzen vs. Kosten)
- Einschätzung der zukünftigen Entwicklung des Internets

Um dem unterschiedlichen fachlichen Zugang und Bezug zum Thema Internet bei den Entscheidern gerecht zu werden, wurden die Interviews leitfadengestützt aber offen durchgeführt und variierten thematisch je nach individuellem Aufgabengebiet.

Die Auswahl der Befragten erfolgte nach verschiedenen Kriterien:

- Abdeckung der zentralen Bereiche Politik/Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft
- Auswahl von Befragten auf höchster Entscheidungsebene für die einzelnen Sektoren
- Unterschiedliche Gewichtung der Anzahl der Befragten in den einzelnen Sektoren, je nach Variationsbreite in Bezug auf die Haltungen, Anforderungen und Handlungsspielräume (z.B. größere Anzahl von Interviews im Bereich der Wirtschaft, da unterschiedliche Branchen und Aktionsräume Berücksichtigung finden sollten, d.h. z.B. sowohl IT-Dienstleister wie auch Anbieter von Social-Media-Plattformen oder Finanzdienstleister).

Mit dieser Auswahl wurde sichergestellt, dass ein weites Feld an Dimensionen des aktuellen Internet-Diskurses abgesteckt wird. Dies dient zum einen der Erfassung wesentlicher Aspekte, Konflikte und Handlungsbedarfe. Zum anderen sind die Befragten auch Impulsgeber für ergänzende Themen und notwendig erscheinende Differenzierungen von Begriffen und Dimensionen, um eine adäquate Operationalisierung der Themenbereiche zu gewährleisten.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Anzahl der Interviews in den jeweiligen Bereichen. Insgesamt wurden 63 Interviews im Zeitraum von Juni bis September 2012 durchgeführt.

Anzahl	Bereich	Funktion
18	Politik/ Öffentliche Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> • Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Mitglieder der Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ • Geschäftsführer von Parteien • Oberbürgermeister • Staatssekretäre bzw. Staatsräte • Abteilungsleiter von Bundesministerien • Präsidenten von Bundesämtern • CIOs von Bundesländern • IT-Referatsleiter aus Landesministerien u.ä.
25	Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmensvorstände • Geschäftsführer • Chief Information (Security) Officer • Head of Public Policy u.ä.
7	Medien	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmensvorstände • Geschäftsführer • Redakteure für Netzwelt bzw. Ressortleiter • Freie Journalisten usw.
9	Zivilgesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstände von Vereinen, Verbänden und Stiftungen • Geschäftsführer oder wissenschaftliche Direktoren • Netzaktivisten (z.B. Blogger)
4	Wissenschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Professoren einschlägiger Fachgebiete
Summe = 63 Interviews		

2.

Die Landkarte aktueller Herausforderungen im Netz – Aus der Sicht von Meinungsführern

HACKERANGRIFFE
GESELLSCHAFT
EINFLUSS
BESCHLEUNIGUNG
MONOPOLISIERUNG
DIGITAL/ANALOG
WANDEL
MACHT
KONTEXT
VISION
INFRASTRUKTUR
RISIKO
ENTWICKLUNG
KULTUR
CHANCE
TECHNIK

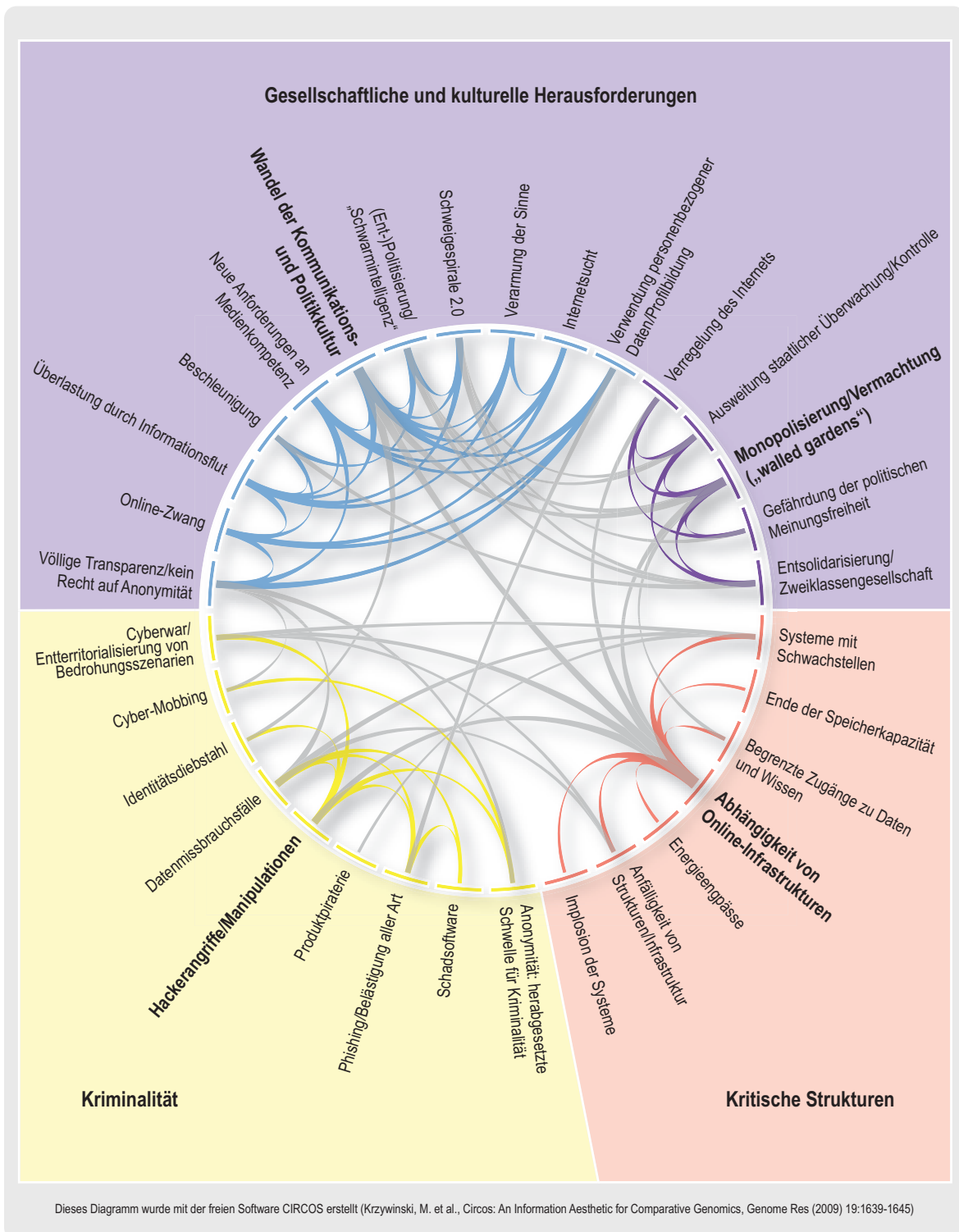
2. Die Landkarte aktueller Herausforderungen im Netz – Aus der Sicht von Meinungsführern

Alle befragten Meinungsführer sind stark involviert in netzpolitische Entwicklungen und Weichenstellungen. Nicht wenige sind dabei selbst begeisterte Internet-Nutzer, die mit großem explorativen Interesse immer wieder neue Geräte, Applikationen und damit verbundene Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten für sich entdecken. Entsprechend wichtig ist ihnen dieses Thema in seiner Gesamtheit; sie nehmen dabei eine verstärkte Relevanz wahr, die vor allem durch vier Entwicklungen bedingt ist:

- a) **Massive, beschleunigte Veränderungen im Internet** innerhalb der letzten drei bis fünf Jahre: verstärkte Durchdringung des Alltags mit Online-Infrastrukturen und -Diensten; neue Formen von Daten-Skandalen; Marktkonzentration auf wenige große Unternehmen
- b) **Erhöhte Sensibilität für die Themen Vertrauen und Sicherheit im Internet:** Wachsame Bevölkerung, neue Interessengruppen, neue Grundsatzdebatten
- c) **Empfundener Zeitdruck** angesichts wahrgenommener „Schließungsprozesse“ im Internet: nur noch kleine Zeitfenster, um die eigenen Gestaltungsansprüche geltend zu machen und mögliche Umlenkungsprozesse in Gang zu setzen
- d) Gleichzeitig: **keine gemeinsame Sprache im Netz-Diskurs**, d.h. noch keine Verständigung über grundlegende Ausrichtungen und Verantwortungsbereiche

Die folgenden Kapitel werden einen umfassenden Einblick in die Facetten des Netz-Diskurses gewähren. Der Fokus wird dabei auf den Herausforderungen im Kontext von Vertrauen und Sicherheit im Internet liegen. Zunächst stellt sich aber die Frage, ob die Meinungsführer diesbezüglich einen grundsätzlich anderen Blick auf das Internet haben als die Bevölkerung. Die Vergleichbarkeit ist dadurch eingeschränkt, dass Meinungsführer notwendigerweise aus einer anderen Perspektive agieren: Sie beurteilen Entwicklungen hinsichtlich der daraus entstehenden Handlungsaufforderungen für ihren Verantwortungsbereich. Teilweise haben sie hierdurch einen breiteren Blick auf Risiken im Internet, indem sie beispielsweise technische und kulturelle Aspekte verbinden; teilweise fokussieren sie stärker auf ein sehr spezifisches Feld und verfügen hier über entsprechende Detailkenntnisse. Nicht alle Meinungsführer haben somit notwendigerweise einen umfassenderen Blick auf Entwicklungen im Internet, in Summe jedoch spannen sie eine weiträumige Landkarte an aktuellen Herausforderungen auf, die das Assoziationsfeld der Bevölkerung um zahlreiche Facetten erweitert. Die folgende Abbildung zeigt die wahrgenommenen Herausforderungen mit entsprechenden Knotenpunkten und inhaltlichen Verflechtungen im Überblick:

Übersicht der wahrgenommenen Herausforderungen im Internet



Diese Landkarte priorisiert noch nicht die spezifischen Aufgabenfelder, sie zeigt aber relevante Knotenpunkte auf, auf die in den Gesprächen immer wieder rekurriert wird. Dies betrifft zunächst die zunehmende Abhängigkeit von Online-Infrastrukturen bei gleichzeitig bestehender Unsicherheit bezüglich ihrer künftigen Störanfälligkeiten. Kriminalität ist im Internet stark durch technische Strukturdefizite bedingt und eröffnet ein weiteres Feld, auf dem erheblicher Diskussions- und Handlungsbedarf identifiziert wird. Interessant ist die hohe Bedeutung gesellschaftlicher Herausforderungen, die sich im Spannungsfeld zwischen Nutzer- und Anbieterkulturen bewegt.

Wie sich Meinungsführer diesen Herausforderungen aus ihren Aufgabenfeldern heraus nähern, welche Ziele sie dabei verfolgen und wie sie diese erreichen, zeigen die folgenden Kapitel. Grundlegend für die jeweiligen Einstellungen ist dabei auch die grundsätzliche Haltung zu Internet und Digitalisierung. Was jeweils als Lösung für mehr Vertrauen und Sicherheit vorgeschlagen wird, hängt auch davon ab, wie man das jeweilige **Verhältnis von analogem und digitalem Leben** beschreibt. Hierbei lassen sich drei Muster beobachten, die den jeweiligen Positionen der Akteure zugrunde liegen:

- a) **Äquivalenzprinzip:** Es wird auffällig deutlich betont, dass nichts neu ist an den Diskussionen, denn Sicherheitsherausforderungen gibt es sowohl online wie offline („es war doch schon immer so, ...“). Demnach geht es nicht um neue Vereinbarungen und Regelungen, sondern um den Transfer und die Umsetzung bestehender Regelungen in Online-Zusammenhängen. Hierbei werden vor allem Vergleichsperspektiven in Form von Beispielen aus der analogen Welt (Straßenverkehr, Hausbau etc.) und historischer Relativierung („jedes neue Medium hat erst einmal Hysterie erzeugt“) angeführt.
- b) **Additionsprinzip:** Es gibt Bereiche, in denen bestehende Regelungen übertragen werden können; es bedarf aber zusätzlicher neuer Handlungsprinzipien, da längst nicht alles übertragbar ist (z.B. Cyberwar, Clouds) und sich vor allem neue Organisations- und Denkformen ausprägen.
- c) **Durchlässigkeitsprinzip:** In Zukunft wird man immer weniger zwischen online und offline unterscheiden, da wesentliche Industrie- und Dienstleistungsstrukturen online gesteuert sind; es wird kontinuierliche Feedbackschleifen geben, d.h. einerseits werden analoge Regeln ins Internet übertragen, andererseits werden im Internet neue Mechanismen und Regeln geschaffen und in die analoge Welt transferiert.

Im folgenden Kapitel werden zunächst die Akteure der einzelnen Sektoren hinsichtlich ihrer Wahrnehmung aktueller Entwicklungen im Internet, ihres Selbstbildes, der Einschätzung anderer Netz-Akteure und der aus ihrer Sicht wesentlichen Herausforderungen vorgestellt. Anschließend werden in den zwei Folgekapiteln die verschiedenen Perspektiven auf Sicherheit, Verantwortung und Vertrauen skizziert und mit Blick auf ihre akteurspezifischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede beleuchtet. Die Erkenntnisse werden schließlich in einem Fazit gebündelt.

3.

Perspektiven der Netz-Akteure

3.1.

Politik/Öffentliche Verwaltung: Über Meilensteine, Leitplanken und Vertrauensanker

EINFLUSS
BÜRGER
PARTIZIPATION/BETEILIGUNG
DISTANZ
KONSTRUKTIVITÄT
E-GOVERNMENT
MEINUNGSBILDUNG
KRIMINALITÄT

SCHUTZ
REGELN
DEMOKRATIE
RAHMENBEDINGUNGEN
SICHERHEIT
FÜRSORGE
MEDIENKOMPETENZ
STAAT
NETZPOLITIK
PERSPEKTIVE

RECHT/GESETZ
FREIHEIT

3. Perspektiven der Netz-Akteure

3.1. Politik/Öffentliche Verwaltung: Über Meilensteine, Leitplanken und Vertrauensanker

Verringerte Distanz zwischen Politik und Bürger durch das Internet

Für die Politik ist das Internet ein immer wichtiger werdendes Themen- und Aufgabenfeld; allerdings eines, das sie sich nicht unbedingt selbst ausgesucht hat. Sich mit Chancen und Risiken des Internets nicht auseinander zu setzen, ist schlicht und ergreifend nicht möglich: Die zunehmende Durchdringung nahezu aller Alltagsbereiche mit Online-Infrastrukturen und -Diensten, das Aufkommen der Piraten-Partei, Medienberichte über Daten-Skandale und die Urheberrechtsdebatte erzeugen akuten Handlungsdruck. Und diese Dinge spielen sich nicht irgendwo ab, sondern auf der Straße: Politisch bislang eher als apathisch eingeschätzte Mitbürger demonstrieren plötzlich gegen ACTA, Datenschutz wird zum Small-talk-Thema – auch beim Grillabend im kleinstädtischen Garten.

Hierin erkennt man neue Chancen bzw. Einflugschneisen für mehr politische Partizipation der Bürger und eine Verringerung der Distanz zwischen Bürgern und politischem Betrieb. Man kann und will sich diversen Online-Themen somit keinesfalls verschließen, hat sie aber noch längst nicht erschlossen. Die Politik sieht sich im Wissenserwerbswettkampf angesichts der rasanten Entwicklungen im Netz („in Vieles muss man sich sehr schnell einarbeiten“). Es ist daher kaum überraschend, dass Netzpolitiker meistens zu eben solchen wurden, da sie innerhalb der Partei diejenigen waren, die als erste den Weg ins Internet gefunden haben. Dennoch hat das Handlungsfeld ein immenses Ausmaß und braucht für jedes Detail-Thema wiederum spezifisches Wissen.

„Das zieht sich durch alle Bereiche vom Urheberrecht bis zum Phishing beim Online-Banking, vom Handel im Internet bis zu Business-to-Business-Kommunikation, von Machine-to-Machine-Kommunikation bis zu was weiß ich. Das zieht sich überall durch, diese Frage nach Verantwortung – Verantwortungsübernahme. Und für diesen Diskurs ist es einfach vielleicht noch nicht weit genug. Also dafür muss man ja auch eine gewisse Vorbildung haben, um ihn führen zu können.“

Eine zusätzliche Herausforderung besteht darin, dass man sich nicht allein auf die konkret anstehenden Entscheidungsprozesse konzentrieren kann, sondern noch sehr stark für dieses Thema innerhalb der eigenen Reihen mobilisieren und sensibilisieren muss („die Politik gehört insgesamt zu den spät Zugestiegenen“). Netzpolitik funktioniert aus ihrer Sicht genauso wie Frauenpolitik: Man muss zunächst übergeordnet für ein Dachthema Überzeugungsarbeit leisten, um das Thema dann in seiner Relevanz für die einzelnen Ressorts angehen zu können.

„Das ist das Phänomen einer Übergangszeit. Es gab in der Frühphase der Industrialisierung sogenannte Industrieministerien. Heute, beim Wirtschaftsministerium, kann man mal die Frage stellen, was machen die eigentlich, außer sich überall einzumischen. Natürlich kann man sagen, eigentlich gehört das Energieministerium auch ins Wirtschaftsministerium, das Umweltministerium auch, aber vielleicht dann auch das Sozialministerium und so. Das ist Quatsch. Also ich sage mal, Sie müssen natürlich versuchen, nach wie vor, das [die Netzpolitik] in die klassischen Sparten zu integrieren. Und das Problem, das wir momentan haben ist, dass in bestimmten klassischen Bereichen die Modernität noch ausgeblendet bleibt.“

Aus Perspektive der öffentlichen Verwaltung wird das Internet vor allem als ein Instrument gesehen, um Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten und Prozesse zu beschleunigen, z.B. den Austausch zwischen einzelnen Fachabteilungen zu koordinieren und den Kontakt mit dem Bürger zu vereinfachen; auch wenn man dafür noch stärker zulassen muss, Dinge auch mal „laufen zu lassen“ und nicht alles kontrollieren zu können. Das heißt, das Internet ist in erster Linie ein Werkzeug, ein Mittel zum Zweck, aber kein Selbstzweck.

„Was für uns ganz wichtig ist, ist das Thema Beteiligung. Ich glaube, dass das Internet eine ganz große Chance ist, diese Lücke zwischen Politik und Bürger wesentlich zu verkleinern.“

„IT ist ja kein Selbstzweck, sondern dient natürlich dazu, die Verwaltungsprozesse zu verschlanken und/oder Prozesse möglich zu machen, die bisher ohne Technik nicht möglich waren.“

Der Schutz des Bürgers als vorrangiges Ziel der Politik

Politik und Verwaltung sehen sich vorrangig in der Fürsorge- und Schutzpflicht gegenüber den Bürgern. Gerade weil das Internet mittlerweile für immer größere Bereiche des täglichen Lebens eine unabdingbare Voraussetzung ist, gehört es zu den zentralen aktuellen Aufgaben, den Menschen eine sichere und souveräne Nutzung des Internets zu ermöglichen.

Sie sehen sich als diejenigen, die den Rahmen definieren dessen, was möglich, erlaubt und gesellschaftlich erstrebenswert ist. Sie sind daran interessiert, Dinge fassbar zu machen, dem Internet Struktur zu geben und „es“ in Einklang mit der geltenden politischen Logik zu bringen. In keinem anderen Handlungsfeld werden dabei mehr Analogien aus der Offline-Welt herangezogen als hier (vgl. zum Thema „Analogien aus der Offline-Welt“, Kap. 2). Man setzt auf das Äquivalenz-Prinzip von Offline und Online, d.h. auf die Übertragbarkeit von Prinzipien, Maßnahmen und Abläufen.

„Und ich bin der Meinung, dass wir sehr stark Üblichkeit, Vergleichbarkeit oder technisch gesprochen Regelkonformität, Bestätigung, Zertifizierung oder Ähnliches brauchen, damit aus Sicht des Konsumenten diese elektronische Welt ein bisschen besser beherrschbar ist. [...] Personalausweis oder auch De-Mail oder Ähnliches sind Bausteine, die sind relevant für bestimmte Ziele, die wir haben, nämlich das Internet sicherer zu machen, Vertrauensanker zu schaffen, irgendwo Leitplanken zu setzen.“

„Die Politik oder der Gesetzgeber ist in der Pflicht, ordentliche Regeln zu schaffen. [...] Der Staat muss die Verkehrsregeln erlassen, so wie das woanders auch passiert.“

Gleichzeitig sind die Grenzen für das eigene Handeln klar abgesteckt – durch das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Reisegeschwindigkeiten im Netz. Die politischen Entscheidungsprozesse, quasi die klassischen „Märsche durch die Instanzen“, hinken der Entwicklung von Online-Diensten und -Strukturen notwendigerweise deutlich hinterher. Fühlt man sich den demokratischen Grundwerten und den entsprechenden Handlungsprinzipien im eigenen Handeln verpflichtet, werden in der Zwischenzeit Tatsachen geschaffen, die dann umso schwerer in den Griff zu bekommen sind.

„Die Entwicklung ist einfach derart dynamisch, dass jedes Schaffen und Anpassen von Rahmenbedingungen immer ein Stück hinterherhinkt. Wir bauen immer einen Rahmen um etwas, was schon da ist.“

„Und die Gefahr wird immer größer, dass es eben dann nicht geregelt ist, weil das Gesetzgebungsverfahren viel, viel langsamer ist als sich das Internet weiterentwickelt.“

Im Kontext der Geschwindigkeitsfrage geht es auch um das Ausmaß der notwendigen Regelungen. Maßgabe ist dabei: soviel Bürgerschutz wie möglich, gleichzeitig so „minimalinvasive“ Eingriffe in die Netzkultur wie nötig, um deren Innovationskraft nicht zu beeinträchtigen. Man möchte Vorreiter in der Informationsgesellschaft sein und den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern; keinesfalls möchte man als wirtschaftsfeindlich gelten.

„Eine positive Vision wäre, dass wir die Chancen, die unser Land in der Informationsgesellschaft hat – und das sind wirklich große Chancen –, dass wir diese Chancen nutzen und dass wir in einem Land, das durch demographische Entwicklung kleiner wird, das bei bestimmten Themen wie Fertigung und Ähnliches internationaler Konkurrenz in Teilen nicht mehr gewachsen sein kann, dass wir in diesem Land die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Leute hier auf Dauer Wohlstand und Wachstum haben, indem wir eben intelligente, informationstechnische Systeme errichten, aber auch betreiben, Rahmenbedingungen z.B. dafür schaffen, dass man in dem Land hier Informationstechnik besonders sicher einsetzen kann.“

Das Dilemma ist offenkundig: Der Schutz des einen (Bürger) bedeutet die Einschränkung der Freiheiten des anderen (Unternehmen), die schließlich auch geschützt werden müssen. Dieses Spannungsfeld ist weder neu noch überraschend; was aber passiert, wenn die so bezeichneten „Freiheiten“ den gängigen Gesetzesbestimmungen entgehen laufen?

„Das ist jetzt nicht gegen Unternehmen, sondern ein Kampf für einen Teil des Internets, in dem Sinne, dass Unternehmen nicht alles dürfen und dass die User geschützt werden müssen. Aber grundsätzlich sage ich, wo wären wir ohne Apple, YouTube und andere Unternehmen? Da bin ich positiv eingestellt, was Wirtschaft angeht. Wirtschaft bringt uns nach vorne. Wenn Unternehmen am Ende auch Gewinn machen, investieren sie und entwickeln Geschäftsmodelle. Das ist immer grundsätzlich positiv. Es wird aber dann bedenklich, wenn es Geschäftsmodelle gibt, die auf eine zu starke Dominanz hinauslaufen und die nicht genügend Schutzvorschriften zugunsten der User haben.“

Vormachtstellung globaler Unternehmen gefährdet Steuerungsfähigkeit des Staates

Die politischen Meinungsführer richten ihr Hauptaugenmerk einerseits auf die großen „Player“ im Internet und deren Geschwindigkeiten, Vormachtstellungen und Gesetzesübertretungen – andererseits aber auch auf die Internet-Nutzer, die vor „Täuschungen“ und unlauterem Geschäftsgebaren geschützt werden müssten.

Die Politik sieht sich mit einer gewissen Gleichgültigkeit global agierender Unternehmen konfrontiert, die es ihnen erschwert, die eigenen bzw. gesellschaftlichen Ziele zu verfolgen und die entsprechenden Werte zu verteidigen.

„Die Befürchtung, die ich habe, ist, dass wir so die Steuerungsfähigkeit durch unsere demokratischen Institutionen ein Stück weit verlieren oder sie zumindest stark eingeschränkt wird, indem die Entwicklungen im Bereich der Informationstechnik eben solche sind, die durch Marktplayer, durch internationale Entwicklungen und anderes so vorgezeichnet werden, dass wir mit unseren Institutionen nicht mehr in der Lage sind, da viel dagegen zu setzen, europäisch irgendwo zu langsam sind, uns nicht schnell genug einigen können und national wenig Einflussmöglichkeiten haben. Also das ist schon eine Sorge.“

Unternehmen investieren aus Sicht der Politik zurzeit längst nicht genug in die Sicherheit (gemeint ist vorwiegend Software) wie eigentlich nötig. Sie müssen viel stärker für Schäden in Haftung genommen werden können; insbesondere, da ihr Wirken nicht nur das eigene Unternehmen, sondern auch die Interessen anderer Gesellschaftsmitglieder in schädlicher Weise tangieren kann. Es gibt zu viele klar voraussehbare „Schlupflöcher“ für Hacker, die beispielsweise sicheres Bezahlen im Netz oder die Gewährleistung von vertraulicher Behandlung von Daten von vornherein in Frage stellen.

„Da brauchen Sie eine Rechtskategorie – ich muss bestimmte Vorkehrungen getroffen haben und wenn ich die nicht getroffen habe, dann werde ich, wenn nicht für den ganzen Schaden, so doch in einer festzulegenden Schadenshöhe haftbar gemacht. [...] Natürlich kann ich bei jedem Unternehmen sagen, das ist dein eigenes wirtschaftliches Risiko, ob du deine Daten sicherst oder für Datensicherheit in deinem Betrieb sorgst oder nicht. Nur sagen wir ja auch nicht gegenüber einem Chemieunternehmen, das ist jetzt nun dein eigenes Risiko, ob dein Unternehmen funktioniert oder nicht, wenn dir da das Werk um die Ohren fliegt, dann ist es dein Risiko, dann hast du den Produktionsausfall. Sondern wir sagen, in dem Moment, wo es über dein Werksgelände rausgeht, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen sind, wenn du die Umwelt verseuchst, wenn Dritte betroffen sind, haftest du dafür. Ja, warum soll das eigentlich für IT-Anlagen von großen Unternehmen nicht auch gelten?“

Man nimmt zudem wahr, dass sich die Geschäftspraktiken der Unternehmen – hier wird vor allem immer wieder die „Gang of Four“ Google, Apple, Facebook, Amazon genannt – verselbständigen und dass diese auch einen Wertekodex ausprägen, der dem eigenen Wertegefüge bzw. den demokratischen Grundwerten widerspricht. Es besteht nicht nur Sorge, sondern teilweise auch Angst hinsichtlich solcher „Vermachtungsprozesse“.

„Da muss man schon aufpassen, dass wir nicht am Ende ganz wenige Unternehmen weltweit haben, die sehr strikte Vorgaben machen und durch ihre Geschäftspolitik Einfluss auf die Gestaltung des Internets nehmen.“

Ebenso aufmerksam verfolgt man die Nutzerperspektive und sieht sich als vermittelnder Akteur zwischen Unternehmens- und Verbraucherinteressen. Einig sind sich die politischen Vertreter, dass die Nutzer nahezu nichts wissen in punkto Sicherheit im Netz. Einerseits liegt dies an genereller Arglosigkeit, andererseits können sie in vielen Fällen die Konsequenzen ihrer Handlungen im Netz gar nicht überblicken (häufig genannt werden in diesem Zusammenhang die Privatsphäre-Einstellungen bei sozialen Netzwerken). In diesen Fällen sollten gesetzliche Rahmenbedingungen den Nutzer vor Täuschungen und Manipulationen durch Anbieter schützen, ihm einen rechtlichen Erwartungsrahmen aufzeigen und dazu dienen, den Anbieter bei Schäden stärker in die Pflicht, d.h. in Haftung nehmen zu können, aber genauso den Nutzer, wenn er sich rechtswidrig verhält.

„[...] wie wenig die Betroffenen dort wissen, außer dem, was technisch passiert, was mit ihren Daten eigentlich gemacht wird. Da fehlt generell ein gesellschaftliches Bewusstsein über die Frage Daten-Nutzung. Viele, die sagen, meine Daten kann doch jeder haben, die wissen gar nicht, was mit ihren Daten gemacht wird. Wenn Sie ihnen das erklären, kriegen Sie relativ schnell die Antwort, so was müsste doch verboten werden.“

Der Schutz des Staates beginnt also dort, wo der Nutzer sich selbst nicht mehr schützen kann. Wo aber verläuft die Grenze? Wie viel „Eigenschutzfähigkeit“ wird vorausgesetzt? Was müssen Nutzer selbst überblicken können? Hier wird selbst innerhalb des politischen Feldes ein weiter Bogen gespannt (vgl. hierzu Kap. 5).

Schließlich nehmen Politik und Verwaltung auch die Medien in den Blick. Da auch die Informationsbeschaffung immer mehr online gesteuert ist – sowohl seitens der Nutzer, wie auch der Informationserstellung innerhalb der Medien – wird es als störend empfunden, dass sich noch kein einheitlicher Qualitätsmaßstab für journalistische Beiträge etabliert hat. In dem Maße aber, wie sich das Internet zu einer zentralen Informationsinstanz entwickelt, ist auch eine gewisse Verlässlichkeit und Wertigkeit der Beiträge unabdingbar.

„Wie kriegen wir es hin, dass auch im Netz am Ende des Tages gute journalistische Angebote da sind, damit die Menschen auch eine Orientierung haben und eine Relevanz? Nicht immer ist ja die Masse die Relevanz, das kann natürlich ein Baustein von Relevanz sein, sondern wir brauchen auch Qualitätsjournalismus.“

Definition verbindlicher Sicherheitsstandards und Stärkung der Medienkompetenz nötig

Es wird auf vier Bereiche fokussiert:

- a) die Erweiterung der digitalen Teilhabe,
- b) (technische) Sicherheitsstandards,
- c) der Schutz vor Kriminalität „im Internet“ und
- d) die Aufklärung und Bildung für einen kompetenten Umgang mit dem Internet.

Der Zugang zum Internet wird als wichtiges Element sozialer Teilhabe gesehen, der aber noch nicht hinreichend gewährleistet ist. Dies betrifft zum einen die Grundversorgung mit schnellen Internetzugängen (Breitbandausbau), vor allem in ländlichen Regionen. Aber auch die Modernisierung der Verwaltung gehört zu den weiterhin relevanten Aufgaben, um so die Interaktionen mit den Bürgern effizienter zu gestalten und einen Austausch „auf Augenhöhe“ zu ermöglichen. Für entsprechende Angebote muss aber noch deutlich mehr Akzeptanz geschaffen werden, auch durch benutzerfreundlichere Strukturen. Man sieht sich hier noch in der Phase der „Bürgerannäherung“. In einzelnen Ländern wird angestrebt, grundsätzlich alle Dinge, die die Verwaltung bearbeitet, für die Bürger zu öffnen und sie weitestgehend mitbestimmen zu lassen. Gleichzeitig muss aber gewährleistet sein, dass auch die „Offline-Kanäle“ weiter bedient werden, und es herrscht zudem Unsicherheit, wie viel Beteiligung der Bürger tatsächlich wünscht.

Vorrangig und dringlich ist die Definition von verbindlichen Sicherheitsstandards für das Internet seitens der Politik – möglichst auf EU-Ebene. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Abhängigkeit von kritischen Infrastrukturen, verbunden mit einer gleichzeitigen Verselbständigung von Prozes-

sen und Anbietern, gestaltet sich dies als Wettlauf gegen die Zeit. Schadsoftware wird zur Bedrohung nicht nur einzelner Netzwerke und Betriebe, sondern ganzer Staaten – aus Sicht der Politik handelt es sich dabei häufig um Software, die bewusst fehlerhaft „auf den Markt geworfen“ wurde. Zudem ist man der Meinung, dass das alleinige Vertrauen auf Selbstregulierungsmechanismen keine Früchte tragen wird.

„Und in dem Maß, in dem das Internet immer wichtiger ist, wird auch die Aufgabe z.B. des Staats wichtiger, dafür zu sorgen, dass die Regeln eingehalten werden. Das ist schon so. Also ich bin da dezidiert anderer Meinung als viele andere, die eben sagen, wenn alle auf sich selbst aufpassen ist alles ok, und das Internet ist im Grunde ein großer Prozess der Selbstorganisation, wo der Staat nichts zu suchen hat. Das halte ich einfach für falsch. Das liegt daran, dass einfach diese Infrastruktur für unser aller Leben viel zu wichtig ist.“

Aber auch die Aufklärung und Bildung der Bürger im Hinblick auf ihre Medienkompetenz spielt eine entscheidende Rolle. Ziel aus Sicht der Politik ist die Herausbildung eines kritischen Bewusstseins und eines eigenverantwortlichen Umgangs mit den Möglichkeiten des Internets. Hier sind einerseits die Schulen als Vermittler zu nennen, um möglichst frühzeitig Sensibilisierungen für die Thematik zu erzeugen, während im Bereich der Erwachsenenbildung auch gezielt Multiplikatoren (wie z.B. Organisationen, Stiftungen, Kammern) genutzt werden können, um Kompetenzen zu vermitteln.

„Unser Ansatz ist ja, dass wir versuchen möchten, den Menschen die Eigenverantwortung beizubringen, was im Klartext heißt, wir möchten die Menschen so kompetent machen, dass sie von sich wissen, wie sie sich im Netz zu verhalten haben, und welche Gefahren eben tatsächlich auch im Netz da sind, um dann umso besser die Chancen nutzen zu können. Und das kann man natürlich mit der Politik schon sehr stark beeinflussen, weil man ja beispielsweise das Thema Chancen und Gefahren des digitalen Zeitalters auch mit auf die Stundenpläne packen kann, und natürlich auch sagen muss, in der Schule muss so was entsprechend gelernt und vermittelt werden, weil das einfach zum Leben der Menschen dazugehört, und die Schule die Aufgabe hat, die Menschen auf ihr Leben vorzubereiten.“

3.

Perspektiven der Netz-Akteure

3.2.

Wirtschaft: Über Chancen, Tempo und gute Aussichten

MARKTREGULIERUNG
VISION
PROFIT
INNOVATION
POTENZIAL
WETTBEWERB
ENTWICKLUNG
STANDORT
TREND
ZUKUNFT
WACHSTUM
NUTZEN
INSPIRATION
PIRATERIE
GESCHÄFTSMODELL
OPTIMIERUNG
MACHT

3.2. Wirtschaft: Über Chancen, Tempo und gute Aussichten

Internet als Rahmenbedingung der Gegenwart

Ein Leben und Wirken ohne die Infrastruktur des Internets ist für Unternehmen heute undenkbar. Das Netz erleichtert nicht nur die Abwicklung der Geschäfte, indem es neue Vertriebskanäle eröffnet und durch das Agieren in globalen Zusammenhängen einen effektiveren Kundenkontakt sowie eine intensivere Kundenbindung ermöglicht – es ist vielmehr Inspirationsquelle für innovative Ideen, Produkte und Dienstleistungen. Für viele neu gegründete Unternehmen ist das Internet ohnehin die einzige und zentrale Grundlage ihres Geschäftsmodells. Dementsprechend wird das Netz geradezu euphorisch als eine außerordentliche Chance gefeiert.

„Ich sehe durch das Internet unglaubliche Potenziale, nicht nur für neue Geschäftsmodelle, wie wir sie jetzt in unserem Unternehmen verwirklicht sehen, sondern auch für existierende Unternehmen, das Internet für sich im Hinblick auf Prozessoptimierung, im Hinblick auf die Neugestaltung von Kundenbeziehungen zu nutzen und damit sich selbst letzten Endes neu zu erfinden.“

„Ich bin persönlich davon überzeugt, dass das Internet eine der prägendsten Veränderungen in den 100 Jahren – ich will jetzt nicht von Jahrtausenden sprechen, aber sicherlich in der Generation, in der ich jetzt unterwegs bin, und in der nächsten wird das mehr verändern als alles andere [...] Das heißt, eine riesengroße Chance. Und zwar geht das ja eigentlich in alle Bereiche des Lebens, von der Arbeit über die Unterhaltung, über die Art wie Menschen miteinander kommunizieren, alles verändert sich.“

Online zu agieren wird weniger – wie beispielsweise im öffentlichen Sektor – als Mittel zum Zweck gesehen, sondern ist eine allumfassende Gegebenheit des modernen Lebens. Das Internet ist der selbstverständliche Arbeitsrahmen, der einfach da ist, so wie das Wasser oder die Luft, es ist eine quasi naturgegebene Rahmenbedingung der Gegenwart („Force of Nature“), der man sich nicht entziehen kann und die man nicht in Frage stellt.

Risiken des Internets werden deshalb von den Akteuren aus dem Wirtschaftssektor spontan nur selten thematisiert. Ein Denken in Chancen-Risiken-Kategorien erscheint den Akteuren im Hinblick auf die Thematik Internet unangemessen und irritierend – ja geradezu lästig.

„Für uns ist es vor allem eine Chance. [...] Ich meine, Sie können ja nicht gegen einen Mega-Trend mit einem Risikobegriff argumentieren. Das ist ja so, als ob Sie sagen, es ist notwendig, schwimmen zu können, um das Meer als Chance oder als Risiko zu betrachten. Ja, das Meer ist halt da. Und wenn Sie am Meer leben sollten, müssen Sie schwimmen können. So sehe ich das Internet. Und von daher denken wir da gar nicht in Chancen- oder Risiken-Kategorien. Das ist einfach wie eine Naturkraft. Das Meer ist eben da.“

„Das ist eine Kategorie, in deren Bereich ich gar nicht denke. Was ist das Risiko einer Wasserleitung? Was ist die Chance einer Wasserleitung? Für uns ist das Internet nichts anderes als eine Wasserleitung, als ein elektrisches Kabel.“

Die Risiken sind den Akteuren durchaus präsent, aber sie werden als systemimmanent betrachtet und führen keineswegs zu einer Abwertung der Chancen des Internets. Es gelte vielmehr, die vorhandenen Risiken anzunehmen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Überhaupt möchte man sie mehr als Herausforderungen und Aufgaben und nicht als Gefahren verstehen. Risiko- und Sicherheitsmanagement gehen deshalb mit der Ausschöpfung der Potenziale des Netzes selbstverständlich einher.

Die Einstellung der Unternehmensvertreter ist von einem umfassenden Machbarkeitsdenken und einem selbstbewussten Fortschrittsoptimismus geprägt, der beinhaltet, dass die Risiken – insbesondere technisch – in den Griff zu bekommen sind. Hinter das Erreichte möchte man nicht mehr zurück, es gibt aus ihrer Sicht einen „Kollektivzwang Digitalisierung“.

Dass immerhin 39 Prozent der deutschen Bevölkerung noch zu den Digital Outsiders gehören*, wird zur Kenntnis genommen und als Übergangsphänomen eingeordnet:

„Ja, ja, das ist eine große Gruppe, aber die Neandertaler waren auch eine große Gruppe und die sind ja dann auch ausgestorben. Ich habe ehrlich gesagt überhaupt kein Verständnis für diese Gruppe. Wir können mit der nächsten Frage weitermachen.“

Unternehmen sehen sich als Kapitäne im Meer der Möglichkeiten

Die Akteure aus dem Bereich der Wirtschaft leben mit, im und vom Internet – seine Nutzung und Gestaltung ist nicht nur bei ausgewiesenen Internet-Unternehmen, sondern auch bei anderen Großunternehmen mehr oder weniger Kern ihres Geschäftes. Nicht zuletzt durch ihre eigenen Aktivitäten, durch Ideen und Innovationen konnte sich das Internet in den letzten Jahren – vor allem auch durch die zunehmende Nutzung von Social Media – mit rasanter Geschwindigkeit zu einem gigantischen Marktplatz mit nahezu unbegrenzten Möglichkeiten entwickeln („ohne uns gibt’s das Internet ja eigentlich nicht“). Dementsprechend sehen sich die Akteure als Kapitäne im Meer der Möglichkeiten. Sie sind diejenigen, die die Orientierung und den Überblick haben, ihr Geschäft verstehen und wissen, worauf es ankommt. Während die Politik in ihrer Sichtweise häufig der Entwicklung hinterherhinkt, sieht man sich selbst an der Spitze der Bewegung, als (technologische) Avantgarde. Hier geschieht das Neue, hier wird die Zukunft gestaltet, hier werden Inhalt und Kurs des Internets bestimmt.

* Vgl.: DIVSI Milieu-Studie unter www.divsi.de/publikationen

„Wandel ist immer eine Herausforderung, letztendlich aber auch eine Chance. Und die gilt es eben auch mit zu gestalten und nicht tatenlos zuzusehen. [...] In immer mehr Lebensbereichen spielt es eine Rolle. [...] ITK wandert in immer mehr Lebensbereiche hinein. Und das zu begleiten, zu erkennen und weiterzuentwickeln, ist sicherlich eine Aufgabe, die mir persönlich obliegt.“

Man hat in mühevoller und intensiver Arbeit mit innovativen Produkten und Dienstleistungen das Vertrauen von vielen Menschen gewonnen und hat sich auch selbst dieser Struktur anvertraut (z.B. in Bezug auf die Abwicklung der eigenen Finanztransaktionen und internen Kommunikationsstrukturen). Man hat neue Arbeitsplätze geschaffen und Deutschland damit so weit voran gebracht, dass sich hier ein moderner IT-Standort (weiter)entwickeln könnte. Deshalb möchte man nicht unnötig ausgebremst und gestört werden durch andere Akteure. Regulierungsbestrebungen und die Forcierung von Angstdebatten werden verstärkt wahrgenommen und teilweise dezidiert abgelehnt.

„Ich finde die Lösungen, die teilweise in Aussicht gestellt werden, nämlich staatliche Kontrolle, gefährlich. Und völlig unangebracht. Ich will nicht, dass der Innenminister mich schützt bei meinen Geschäften.“

Politik ist „überevorsichtige“ Bremse von Wirtschaftswachstum und Innovation

Um im schnelllebigen und sich stetig wandelnden Umfeld des Internets zu bestehen, die eigene Marktposition auszubauen und zu stärken, ist es für die Befragten aus der Wirtschaft entscheidend, die Spielregeln des Internets nicht nur zu kennen, sondern diese vor allem mitzubestimmen. Sie möchten das gesamte Potenzial des Internets nutzen, Produktinnovationen und neue Geschäftsmodelle entwickeln. Kritisches Hauptaugenmerk richten sie daher auf Politiker im „Regulierungswahn“. Die Unternehmen befürchten, vom Kurs abgebracht zu werden oder zumindest Reisegeschwindigkeit zu verlieren und durch staatliche Regelungen internationale Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen. Gleichzeitig betonen sie aber auch die Sinnlosigkeit dieses Vorgehens, da das Netz als globaler Raum nicht kontrolliert werden könne.

„Ein Fortschreiten, also minutiöse Gesetzgebung auf einzelstaatlicher Ebene, führt ins absolute Nichts. Ich glaube, das behindert die Wirtschaft, das wird Standorte negativ belasten und es wird niemals schnell genug und effizient genug sein, um Betroffene wirklich zu schützen. Das ist meine Einschätzung dazu. Was nicht heißen wird, dass Politiker von diesem Spiel lassen, weil das natürlich ein wunderbares Feld zur Profilierung ist. Ist ganz klar.“

„Die Idee, dass man das Internet zensieren könnte, ist ein Traum. Das ist genauso wie mit dem Thema Alkoholverbot in Saudi-Arabien. Sie sind im Hotel, da kriegen sie nichts. Werden Sie privat eingeladen, und dann machen Sie einen Schrank auf, da gibt es alle Sorten von Wein und Whisky, die Sie erdenken können. Die muslimischen Gastgeber sind beleidigt, wenn Sie sich nicht betrinken. Das ist also genauso, Sie können an alles ran, wie Sie lustig sind, weil es unmöglich ist, den Zugang zum Netz zu kontrollieren.“

Hier schwingt eine Unterstellung von Ahnungslosigkeit oder begrenzter Sichtweite der politischen Entscheider mit. Die Kompetenz der politischen Entscheider in punkto Regulierung im Internet wird aber nicht nur verdeckt, sondern durchaus offensiv angezweifelt: Hier könne man nicht auf Augenhöhe diskutieren. Politiker seien viel zu weit weg von der ganzen Thematik und würden sich auf einem Feld bewegen, das sie selbst nicht überblicken und daher auch gar nicht die Tragweite ihrer Entscheidungen absehen könnten.

„Wenn ich mir jetzt einfach überlege, mit wem ich im Bundestag oder in der Bundesregierung oder in der zweiten Ebene der Bundesregierung, also auf Staatssekretärs-Ebene, über diese Themen reden würde, fällt mir exakt so viel ein [formt mit den Händen eine große Null]. Also nochmal fürs Band: Null. Es gibt niemanden.“

Neben den Politikern sind es, laut Akteuren der Wirtschaft, aber häufig auch die klassischen Medien, die die Position der Internet-Unternehmen schwächen, indem sie die Berichterstattung einseitig nur auf Schäden und Risiken durch Internet-Geschäfte abstellen, ohne auf deren Nutzwert und Vorteile hinzuweisen. Die mediale Öffentlichkeit ist demnach in ihrem Streben nach Aufklärung und Transparenz häufig überkritisch und berichtet in überzogen skandalisierender Weise, so dass Internet-Unternehmen in Misskredit geraten und öffentlich an den Pranger gestellt werden – was beim Verbraucher wiederum zu Verunsicherung oder sogar zu Vertrauensverlust führt.

„Aber gleichzeitig haben natürlich Massenmedien auch die Verantwortung, bevor sie die dicke große Schlagzeile drucken, genau zu recherchieren und nicht eine nur halb recherchierte Meldung unter die dann entsprechend verunsicherten Endverbraucher zu senden.“

„Und die Medienlandschaft ist heutzutage so ausgedünnt in ihrer wissenschaftlich-journalistischen Kompetenz, dass dann auch oft, nach dem Motto hart aber fair, jedem eine Voice gegeben wird. Das ist ja nicht fair. Es ist einfach nur blöd. Aber genauso findet es statt. Also auch derjenige, der eine Minderheitsmeinung vertritt, wenn sie nur extrem genug, also signalstark ist, kommt dann genauso in die Talkshow rein.“

Im internationalen Vergleich (hier vor allem USA als Vergleichsfolie) ist es aus Sicht der Wirtschaft auffällig, dass gerade in Deutschland Geschäftspraktiken von Internet-Unternehmen in der Öffentlichkeit übertrieben kritisch betrachtet werden. Damit wird Verunsicherung beim Nutzer geschürt, die unnötig und vermeidbar ist. Deutschland agiert ihrem Selbstbild zufolge völlig überzogen hinsichtlich Sicherheitsbedenken, vor allem in punkto Datenschutz. Man setzt sich tagtäglich mit einem der strengsten Datenschutzgesetze der Welt auseinander und dies reicht offenbar immer noch nicht aus.

Für ein Unternehmen, das der Profitabilität verpflichtet ist, ergeben sich seitens der Wirtschaft bestimmte Vorgehensweisen zwingend aus dem Geschäftsmodell. Diese sind damit aber noch nicht per se kritikwürdig, z.B. ist die Zurverfügungstellung kostenloser Dienstleistungen nicht ohne eine entsprechende Gegenleistung der Nutzer ökonomisch sinnvoll darzustellen. Man sieht sich, neben

dem Kampf mit der Politik, selbst unter starkem Wettbewerbsdruck gegenüber anderen Unternehmen; da möchte man nicht noch zusätzlich ausgebremst werden.

Viele Menschen in Deutschland sind aus ihrer Sicht fehlgeleitet: Der virtuelle Charakter des Internets „verführt“ oft dazu, verborgene Vorgänge skeptischer zu beurteilen als vergleichbare Situationen in der Offline-Welt. Es ist daher eine wichtige Aufgabe, den Menschen klar zu machen, dass sie viele Dinge auch im „realen“ Leben gar nicht überblicken können und trotzdem diversen Anbietern und Dienstleistungen ihr Vertrauen schenken.

„Dass man Daten monetarisiert, das ist aus meiner Sicht nicht grundsätzlich zu verteufeln. Die Frage ist ja, wie werden die Daten dann genutzt. Ich habe das Gefühl, in Deutschland stoppt man bei dem Punkt und sagt, oh, die werden monetarisiert, das ist ja was ganz Schlimmes. Und Medien skandalisieren das natürlich auch gerne. Und das verunsichert. Das verunsichert sogar die User mehr, als es in zumindest 95 Prozent der Fälle eigentlich notwendig wäre. [...] Da interessieren die individuellen Daten doch gar nicht. Die Frau Maier aus Stuttgart, die guckt sich doch kein Mensch an. Die Daten werden nur segmentspezifisch zugeordnet und eine Frau Maier bekommt natürlich dann segmentspezifische Werbung und Informationen. Ich habe mich immer gefragt, was daran so schlimm ist, wenn Frau Maier, die sowieso keine Schweinehälften beispielsweise bei Edeka kauft, in Zukunft keine Schweinehälftenwerbung mehr bekommt.“

„Es gibt eine Menge Menschen, die sagen, also pass mal auf, mit meiner Kreditkarte bezahle ich im Internet nicht. Die geben aber in Neapel in jedem Ristorante die Kreditkarte für eine halbe Stunde aus der Hand, so dass die im Hinterraum Kopien machen können ohne Ende. [...] Also da sind die Leute, die auf der einen Seite mit ihrer individuellen Paranoia 'Hilfe Internet, ich bezahle nicht mit der Kreditkarte' unterwegs sind. Aber auf der anderen Seite, wenn sie das physisch unter Kontrolle haben, Pizzeria in Neapel, haben sie das Gefühl, sie haben es im Griff.“

Beklagt wird von den Unternehmen, dass aber gerade der unbedarfteste und naivste Nutzer des Internets den politischen Entscheidern die Richtschnur vorgibt und als Rechtfertigung für Einschränkungen und Zensur im Netz dient. Dies liegt begründet in der Tradition des behütenden und fürsorgenden Staates.

„Ich finde Deutschland langsam unerträglich in seinem Gutmenschentum-Ansatz, [...] dass man wirklich langsam das Gefühl bekommt, ich gehöre mir nicht selber, sondern ein großzügiger Staat hat mir Körper und meine Existenz leihweise zur Verfügung gestellt und passt auf, dass ich keinen Blödsinn damit mache. Und ich sehe da zunehmend Tendenzen, dass zu viele Menschen mit normativen Vorstellungen vom richtigen Leben mir Vorschriften machen, wie ich richtig zu leben habe. [...] Ich habe da ganz große Sorge, dass wir wirklich zu einer paternalistischen Diktatur werden.“

Insgesamt sehen sich die befragten Unternehmensvertreter einem kritischen gesellschaftlichen Klima gegenüber, in dem die Ausgestaltung des noch relativ neuen (Lebens-)Raums Internet Gegenstand vielfältiger Diskurse und heftiger Auseinandersetzungen ist.

Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte öffentliche und politische Meinungsbildung sichern

Eine zentrale Herausforderung für die Unternehmen ist, ihre Position am Markt zu sichern und Gefährdungen ihrer Wettbewerbsfähigkeit abzuwenden. Gerade im Internet sehen sie sich einem verstärkten Konkurrenzdruck und einem enormen Verdrängungswettbewerb gegenüber, der zudem mit beschleunigter Geschwindigkeit abläuft. Wer heute vorn ist, kann morgen schon vergessen sein („von Yahoo spricht heute niemand mehr“). Als umso wichtiger und wünschenswert erachten es daher die Unternehmen, sich in einem gesellschaftlichen und politischen Umfeld zu bewegen, das in seinen Entscheidungen wie auch im öffentlichen Diskurs die Bedeutung des „Internet-Standortes Deutschland“ in positiver Weise reflektiert. Häufig genug jedoch wird im Politikbereich über Dinge entschieden, die sich der eigenen Anschauung der Entscheider entziehen – und bei denen deshalb das eventuell gesellschaftlich Wünschenswerte mit dem ökonomisch Machbaren nur in unzureichender Weise abgewogen werde.

Wichtig ist es deshalb für die Wirtschaft, selbst eine entscheidende Einflussgröße im Diskurs um das Internet zu sein und gezielt den öffentlichen und politischen Meinungsbildungsprozess zu beeinflussen. Gesetzgeberische Regulierungen sollen, wo nötig, in die richtigen Bahnen gelenkt – oder, wo möglich, ganz vermieden werden.

„Ich glaube, dass der Staat da auch ein gewisses Rahmenwerk vorgeben kann, aber die Lösungen müssen letztlich von der Wirtschaft kommen.“

„Und in dem Zusammenhang sind wir natürlich auch stark davon betroffen, wie zukünftig das regulatorische Umfeld aussehen wird. Sie kennen ja die Diskussion um ‚the right to be forgotten‘ usw. Dinge, die schön gedacht sind, aber wo man doch hinterfragen muss, ist das ein Anspruch, dem man so gerecht werden kann? [...] Da gucken wir sehr genau, was geht, was unterstützen wir, wo sind wir der Meinung, dass der Gesetzgeber vielleicht noch nicht so ganz in der Realität angekommen ist im Hinblick darauf, was man machen kann.“

„Bevor uns eine staatliche Regulierung, nehmen wir das Thema Cloud-Computing, treffen sollte, würden wir natürlich versuchen, aus uns heraus für die Anbieter Möglichkeiten zu schaffen, Maßnahmen zu schaffen, die hinreichend Vertrauen wecken, so dass wir staatliche Regulierung hoffentlich gar nicht brauchen.“

Konkreten Regulierungsbedarf sehen die Akteure aus der Wirtschaft allerdings dort, wo es um Sicherheit und Verlässlichkeit des eigenen Geschäftsmodells geht, das heißt um das Vertrauen der Nutzer. Diese sollten eine gewisse Grundsicherung im Hinblick auf den Schutz persönlicher Daten und eine rechtliche Absicherung von im Internet getätigten Geschäften antizipieren können, um sich „sicher im Internet zu bewegen“, um das Angebot überhaupt annehmen zu wollen.

„[...] dass entsprechende Regeln definiert werden, wie versibel das sein muss, dass ein Geschäftsabschluss beispielsweise getätigt wurde und dann auch die Möglichkeit gerade im Internet, wie das jetzt auch bei Haustürgeschäften stattfindet, die Geschäfte rückgängig zu machen. Ich glaube, dass diese Regulierungen notwendig sind, teilweise ja auch schon bestehen, aber ausreichend sind.“

„Wie gesagt, die Regulierung von Data Privacy, rechtlichen Schutzräumen, was Identitäten und Ähnliches betrifft, das sehe ich als absolute Notwendigkeit.“

Darüber hinaus wird Regulierung vor allem dort eingefordert, wo es um den Schutz und Absatz der eigenen Produkte und Dienstleistungen geht (z.B. Schutz vor Produktpiraterie, Regelungen zum Urheberrecht, sichere Abwicklung von Online-Finanztransaktionen).

„Und im materiellen Recht würde ich sagen, dass man früher oder später nicht daran vorbeikommt, auch die Privatkopie einfach mal klarer zu fassen. Nach unserem Wunsch heißt klarer fassen natürlich einschränken. Aber das ist nicht zum Nachteil des Konsumenten, meiner Meinung nach. Ich glaube, dass an der Stelle, gerade an der Stelle, der User einen Anspruch hat, diesen Bereich zu begreifen.“

„Für uns ist natürlich wie für alle anderen auch die Piraterie ein riesiges Problem. Es gibt ja kriminelle Plattformen, die nichts anderes vorhaben, als die Inhalte auf ihrer Plattform zu sammeln oder zu verlinken und dann mit ihrer eigenen Dienstleistung Geld zu verdienen, indem sie Zugänge verkaufen, Zugangsgeschwindigkeiten verkaufen und Werbung auf ihren Plattformen machen und damit letztendlich mit unseren Inhalten auch noch Geld verdienen.“

Sicherheitsaspekte werden für Unternehmen vor allem dann relevant, wenn durch ein Vertrauensdefizit der eigene Geschäftserfolg gefährdet wird. Dies betrifft auch das Verhältnis zum Kunden: Gerade in der virtuellen Welt des Internets gilt es, die Befürchtungen und Bedenken des Kunden ernst zu nehmen, für ihn tatsächlich greifbar und bei Problemen konkret ansprechbar zu sein. Langfristige Kundenbindung auf der Grundlage von Vertrauen (verstanden als Summe positiver Erfahrungen im Hinblick auf Sicherheit und Verlässlichkeit) ist die Basis des Geschäfts. Vertrauen, das in einem langwierigen Prozess mühsam aufgebaut wurde, kann durch mangelhaftes internes (Sicherheits-)Management und fehlende Transparenz, unterstützt durch eine negative mediale Berichterstattung, sehr schnell wieder zerstört werden – und damit den Geschäftserfolg des Unternehmens als Ganzes gefährden. Investitionen in Internet-Sicherheit sind bei den Akteuren der Wirtschaft also immer von einem Kosten-Nutzen-Kalkül getragen: Je größer das Unternehmen und je größer der befürchtete Image-Schaden, desto eher und umfangreicher wird in Sicherheitsmaßnahmen investiert. Es geht somit weniger um eine Maximierung von Risikofreiheit für den Nutzer, sondern um eine Minimierung des Reputationsverlustes und des entsprechenden Geschäftsschadens.

„Wenn in den Nachrichten zu lesen ist, dass [Name des Unternehmens] kompromittiert worden ist, dann hat das für uns auch wieder einen betriebswirtschaftlichen Aspekt. Und wir sind ja eben auch eine Firma, die unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten agiert, es sind logischerweise hier auch Investitionen in Informationssicherheit getätigt, die genau dieses Risiko, also primär eines Reputationsverlustes, sekundär natürlich auch Strafzahlungen und Ähnliches, verhindern.“

3. Perspektiven der Netz-Akteure

3.3. Vertreter der Zivilgesellschaft: Über bedrohte Visionen, beschränkte Teilhabe und die Suche nach einem Wertekonsens

TRANSPARENZ
PARTIZIPATION
BILDUNG
SELBSTREGULIERUNG
WISSENSZUGANG
ENGAGEMENT
GESELLSCHAFT
WERTEKODEX
WERTEKONSENS
WISSENSZUGANG
ZUKUNFT
OPEN SOURCE
FREIHEIT
MÜNDIGKEIT
RESSOURCE
INTEGRATION
KULTURWANDEL
VISION
REVOLUTION

3.3. Vertreter der Zivilgesellschaft: Über bedrohte Visionen, beschränkte Teilhabe und die Suche nach einem Wertekonsens

Internet als Motor gesellschaftlicher Veränderungsprozesse

Die Akteure der Zivilgesellschaft haben in punkto Internet stets das „große Ganze“ im Blick. Sie möchten keine rein technologische oder ökonomische Brille aufsetzen und sich auf augenscheinliche und aus ihrer Sicht fragwürdige Potenziale wie Effizienz, Beschleunigung oder neue Absatzmärkte für Produkte und Dienstleistungen fokussieren; vielmehr sehen sie das Internet in seiner Bedeutung für gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Ihnen ist wichtig, nicht einfach Antworten zu geben, sondern zunächst die richtigen Fragen zu stellen: Wie können wir das Internet nutzen, um etwas für die Gesellschaft zu tun? Welchen Beitrag leistet das Internet für ein funktionierendes Gemeinwesen? Wie kann das Internet zu mehr Teilhabe verschiedener Bevölkerungsgruppen führen?

Vertreter der Zivilgesellschaft sehen den Zugang zu Wissen und Information heute als entscheidenden Faktor gesellschaftlicher Teilhabe. Das Internet bietet aus ihrer Sicht die revolutionäre Chance, die Ressource Wissen möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen und damit ihre Optionen auf Bildung, Integration und Partizipation maßgeblich zu erhöhen. Der arabische Frühling gilt als Paradebeispiel für die Möglichkeit, mit Hilfe von Social Media Demokratiebewegungen zu initiieren.

„Wenn man Information als Gold des 21. Jahrhunderts begreift, dann ist klar, dass der Zugang dazu und die Möglichkeiten, damit zu arbeiten, also nicht nur der Zugang, sondern die Information auch weiterverarbeiten oder nutzen zu können, dass das zu einer Frage von gesellschaftlicher Teilhabe wird.“

„Das Internet macht es leichter to show up, macht es leichter zu partizipieren. Und glaubt man der Demokratietheorie, werden dadurch unsere Entscheidungen in Zukunft auch besser werden, weil mehr Menschen daran beteiligt sind.“

Trotz dieser euphorischen Einschätzung sind auch Desillusionierungen erkennbar, denn aus Sicht der Vertreter der Zivilgesellschaft war „das Netz ja mal anders gedacht“. Demnach werden sogenannte „ungute“ Veränderungen in den letzten Jahren wahrgenommen, die die ursprünglichen Potenziale des Internets gefährden, da es zunehmend den etablierten Machtstrukturen einverleibt wird. Enttäuscht stellt man fest, dass im Zuge der fortschreitenden Ökonomisierung vieler Online-Inhalte massive Verteilungskämpfe entstanden sind und damit eine Verknappung von Wissensressourcen einhergeht. Dies läuft nun den eigentlichen Idealen entgegen und schränkt die Freiheit der Nutzer stark ein.

„Und da sehe ich tatsächlich auch eine enorme Gefahr, dass mehr und mehr Inhalte im Internet unfrei sind, im Sinne einer freien Nutzbarkeit. Und damit rede ich keineswegs der Kostenloskultur nach dem Mund, die auch gar nicht mein Thema ist, sondern es geht darum, dass das Internet eine enorme Möglichkeit bietet, freien Zugang zu Wissen und Informationen für alle Menschen zu bieten.“

„Das Problem ist diese dem Kapitalismus inhärente Logik, dass man immer mit allem Geld verdienen muss, und dass ergo, wenn ich etwas habe, mit dem ich potenziell Geld verdienen kann, ich das ja nicht umsonst mit anderen teilen kann.“

Persönlicher Einsatz für ein freies Internet als Wissensressource für alle

Die meisten Vertreter der Zivilgesellschaft sehen sich als Netzaktive der ersten Stunde – sie haben aus ihrer Sicht die enormen Chancen des Internets bereits in frühesten Anfängen erkannt und wahrgenommen. Häufig haben sie sogar ganz konkret dazu beigetragen, das Internet in die Welt und zu den Menschen zu bringen. Die Geschichte des Internets ist mit ihrer persönlichen Biographie – auch emotional – eng verwoben. Sie wissen genau, wann sie das erste Mal online waren oder erinnern sich an die ersten Feedbacks in ihren Blogs.

„Das heißt, de facto gab es in Friedrichshain damals kein Internet, und zusammen mit der damals aufkommenden Freifunkinitiative haben wir mit Richtantennen [...] Internet über Antennen dahingefunkt und dann dieses erste Open Internet Café am Boxhagener Platz gehabt. Und es ging zum einen darum, den Leuten die Möglichkeit zu bieten, kostenlos ins Internet zu kommen, und zum anderen haben wir da viele Kurse angeboten [...]. Es ging eigentlich um Empowerment, also um das Sich-Selber-Aneignen von Wissen im Umgang mit Technologie, um [...] einen selbstbestimmten Umgang zu finden – sowohl für Individuen, aber auch für Gruppen, z.B. politisch engagierte Gruppen.“

Diese Akteure glauben fest an das Internet als einen frei zugänglichen Raum, der die Geschichte und das Wissen der Welt in sich vereint. Persönlich und durch ihre Aktivitäten setzen sie sich dafür ein, Werte wie Transparenz, Mündigkeit, freie Meinungsäußerung und unbegrenzten Zugang zu Wissensressourcen im Internet fest zu verankern und zu verteidigen. Sie sehen sich dabei als durchaus einflussreiche Treiber der Politik, indem sie als Netz-Experten die Konsequenzen von Maßnahmen aufzeigen und erklären können und somit helfen, der Politik zu mehr Entscheidungskompetenz in punkto Vertrauen und Sicherheit im Internet zu verhelfen.

„Wenn Sie mit Wikipedianern sprechen, ist den wenigsten selber klar, dass das, was sie hier machen, ein klassisches ehrenamtliches Engagement ist, nämlich sich für die Gemeinschaft und für die Gesellschaft zu engagieren, ohne dafür bezahlt zu werden, ohne es tun zu müssen und ein Allgemeingut zu schaffen, nämlich eine Wissensressource.“

Wirtschaft und Staat verschließen das Netz vor den Bürgern

Waren Vertreter der Zivilgesellschaft zu Beginn ihrer (politischen) Netzaktivitäten vor allem auf den Nutzer ausgerichtet, dem sie mehr und besseren Internet-Zugang ermöglichen wollten, hat sich der Fokus hin zu den „Verhinderern“ von Partizipation und Transparenz verschoben: Große, internationale Unternehmen und „der Staat“ werden hier in einem Atemzug genannt. Zwar sind die jeweiligen Interessen der beiden Akteure äußerst unterschiedlich gelagert, beide würden jedoch Schließungsprozesse im Netz vorantreiben – jeder auf seine Weise.

„Und das Netz läuft natürlich Gefahr, durch Interessierte verregelt zu werden und dadurch immer mehr Spielräume, die es hat, und auch qualitative Spielräume für mehr Demokratie aufs Spiel setzt, um den Preis von mehr Sicherheit und Kontrolle, der vielleicht nur ein sehr relativer ist.“

„Für mich ist Facebook, als Beispiel, genau das Gegenteil von Internet. Es ist eigentlich der Tod des Internets, wenn man das so will. Also eine Bedrohung fürs Internet. Ein abgeschlossener Raum, wo auch ganz explizit Strategien verfolgt werden, dass man möglichst nicht mehr aus dieser Welt rauskommt.“

Das Prinzip des „Abschließens“ und „Einschließens“ wird somit als Gemeinsamkeit von Staat und Wirtschaft wahrgenommen. Wenn auch mit unterschiedlicher Ausrichtung, bleibt das Ergebnis doch gleich: Der Nutzer bzw. der Bürger kommt entweder nicht uneingeschränkt an die Inhalte im Internet heran oder – wenn er drin ist – kommt er nicht wieder heraus, weil das Internet (in Gestalt datensammelnder Unternehmen und Behörden) nichts vergisst und kontextualisierte Daten – und damit Profile – weiter verarbeitet und verwertet.

Vertreter der Zivilgesellschaft identifizieren unterschiedliche Legitimationsstrategien des Handelns von Staat und Wirtschaft. Sie beobachten Folgendes: Die Politik arbeitet mit Einschüchterung durch Angstdebatten und vorgeblicher Fürsorge. Kontrollmaßnahmen werden als Schutz verkauft, um das Vertrauen der Bürger zu gewinnen. Statt auf Befähigung des Bürgers setzt der Staat auf Bevormundung, was häufig zu fast schon skurrilen Formen der Überregulierung führt.

Die Landschaft der Unternehmen hingegen ist von zunehmenden Monopolisierungstendenzen gekennzeichnet. „Datenkraken“ horten ganze Kultur- und Bibliotheksbestände und lassen sich Zugänge zu Wissen und Teilnahme an Interaktion durch die Freigabe persönlicher Daten bezahlen. Der Nutzer fühlt sich unter Druck, mitzumachen, da manche Anbieter mittlerweile zu Infrastrukturdienstleistern avanciert sind, zu denen es kein alternatives Angebot gibt. Hoffnung schöpfen die Vertreter der Zivilgesellschaft dadurch, dass die selbstzerstörerischen Kräfte des Wettbewerbs wieder andere Player an den Start bringen, die das Feld neu aufrollen. Sie vermuten, dass die aktuellen Top-Player die Macht und den Einfluss der Nutzer unterschätzen.

„Extrem einflussreich sind natürlich alle, die etwas haben, was die anderen nutzen wollen. Kann man schlecht anders sagen. Es gibt diejenigen, die Infrastrukturplayer sind, aus irgendeinem Grunde dazu geworden sind. Das können die Googles, Facebooks dieser Welt sein. Letzten Endes ist natürlich auch deren Macht endlich. Also kein Mensch redet heute mehr von Yahoo – zumindest nicht mehr in Deutschland. Auch die dürfen sich nicht allzu viel erlauben und vor allem darf keiner kommen, der es besser macht. Was auch schwierig ist, muss man auch ganz klar sagen. Ebay ist totale Rotze, wenn man ehrlich ist, aber trotzdem gibt es noch keinen besseren Akteur am Markt.“

Demokratisierung des Wissens und Regulierungsentscheidung notwendig

Im Sinne ihrer Intention, das Internet als freies, offenes und zugängliches Instrument für alle interessierten Bevölkerungsgruppen zu erhalten, sehen es die Vertreter der Zivilgesellschaft als ihre Hauptaufgabe an, das Internet zu schützen – und zwar gegenüber den zunehmenden Kontrollinteressen des Staates einerseits, sowie andererseits auch gegenüber den freien Kräften des kapitalistischen Marktes.

„Also dieses klassische ‚Wir überlassen das alles dem freien Spiel der Kräfte‘ hat sich in den vergangenen 10.000 Jahren Menschheitsgeschichte nicht sonderlich bewährt.“

Die Unterstützung und Förderung von Open-Source-Initiativen wird als eine Möglichkeit gesehen, Alternativen zu ökonomisch orientierten, kommerziellen Geschäftsmodellen zu bieten. Allerdings ist in vielen Bereichen deren Bekanntheits- und Verbreitungsgrad noch gering (z.B. Diaspora als Alternative zu Facebook).

Von staatlicher Seite erwarten die Vertreter der Zivilgesellschaft, von weiteren Regulierungsbestrebungen zunächst abzusehen. Aus ihrer Sicht ist der rechtliche Rahmen des Grundgesetzes zentrale Maßgabe allen Handelns und Wirkens auch im Internet. Darüber hinaus treten sie für einen entspannteren Umgang mit den gegebenen Unsicherheiten ein und sehen sich als Entschleuniger politischer „Schnellschuss-Aktionen“.

„Den konkreten Handlungsbedarf sehe ich ganz klar darin, mehr Sachen zuzulassen und weniger Probleme zu lösen, die es nicht gibt.“

Sie wünschen durch eine koordinierte und konsistente Netzpolitik der Dynamik der Entwicklung des Internets gerecht zu werden und den Aushandlungsprozess eines – idealerweise internationalen – Wertekonsenses im Netz kompetent und führend begleiten zu können. Man sieht sich in einer sensiblen Übergangszeit: Es wird noch nicht alles gemacht, was technisch möglich ist, und es ist auch noch nicht alles technisch möglich, was man machen könnte. Daher ist es wichtig, möglichst schnell einen (internationalen) Wertekodex zu etablieren, an den sich die Nutzer weltweit gebunden fühlen.

Dabei zeigen sie großen Optimismus hinsichtlich der Grundwerte der Netzgemeinschaft und suchen nach neuen Wegen der Selbstregulierung.

„Nein, wir sollten nicht unser Strafrecht im gesellschaftlichen Konsens ausdiskutieren. Und auch die Verkehrsregeln, da bin ich ganz froh, dass die jemand setzt. Auch im Internet braucht es so etwas. Alle strafrechtlichen Regularien müssen dort genauso gelten wie überall sonst. Aber das wird auch nie jemand ernsthaft bestreiten. Ansonsten wünsche ich mir, dass wir uns mehr auf die Möglichkeiten verlassen würden, dass Regeln und Regularien und Vorgehensweisen untereinander ausgehandelt werden. [...] Insbesondere von der Politik wünsche ich mir tatsächlich mehr Vertrauen in das, was man Common Sense nennt, das, was man bürgerschaftliches Engagement nennt, und weniger das Bedürfnis, tätig zu werden, sondern auch mal die Möglichkeit abzuwarten. Auch auf die Gefahr hin, dass eine Regelungslücke vorhanden ist, die auch sicherlich ausgenutzt wird.“

Aus Sicht der Vertreter der Zivilgesellschaft befindet sich die Netz-Gemeinde derzeit noch in einem Prozess der Aushandlung von Mindestnormen, Richtlinien und Wertekodizes. Extreme Phänomene und auch Tabu-Brüche begleiten in dieser Sichtweise immer die Einführung eines neuen Mediums, werden aber im weiteren Verlauf durch wechselseitige Verabredungen und Konsensbildung relativiert und marginalisiert. Zum Prinzip der Selbstregulierung gehören aber auch Möglichkeiten der Ahndung von Verstößen gegen den ausgehandelten Kodex. Bezogen auf das Internet bedeutet dies beispielsweise, dass Nutzer die Möglichkeit einer Handhabe gegenüber den Anbietern haben sollen – auch jenseits (straf-)rechtlich relevanter Belange. Wer dies garantieren soll, wird allerdings nicht gesagt. Zudem ist die aktive Befähigung der Nutzer, sich selbst im Internet schützen zu können, mindestens genauso relevant.

„Es gibt keine sauberen Enforcement-Mechanismen, wie ich z.B. als Nutzer hingehen könnte und sagen könnte, Facebook, du hast dich folgendem Kodex unterworfen, hast gesagt, ihr haltet euch dran, aber ihr haltet euch nicht dran. Da habe ich eigentlich keine Chance, anständig hinzugehen.“

„Also wenn ich immer davon ausgehe, dass ich bei allem in der Hängematte liege, ist das natürlich eine Fehlannahme. Das darf mir natürlich nicht passieren. Das heißt, ich muss auch eine gewisse Art von gesunder Skepsis entwickeln gegenüber einigen Mechanismen und Dingen, von denen ich mir zwar vielleicht wünschen würde, dass sie anders wären, aber die einfach nicht anders sind an der Stelle. Ob das jetzt so etwas ist wie Datenschutzbestimmungen oder Ähnliches.“

3.

Perspektiven der Netz-Akteure

3.4.

Medien:

Über Konfliktfelder, Machtkonstellationen und die nötige Relativierung von Chancen und Risiken

INTEGRATION
SOCIAL MEDIA
TRANSPARENZ
WANDEL
KRIK
INHALT
INFORMATION
LEAKING
ÖFFENTLICHKEIT
CHANCEN
AUFKLÄRUNG
DISKURS
AGENDA
TEILHABE
LEBENSWELT
QUELLE
GESTALTUNG
KOMMUNIKATION

3.4. Medien: Über Konfliktfelder, Machtkonstellationen und die nötige Relativierung von Chancen und Risiken

Internet als Schlüsseltechnologie und Themengenerator

Das Internet hat den Mediensektor fundamental verändert. Die meisten Befragten haben diesen rasanten Umbruch von Arbeitsabläufen und Techniken in ihrer beruflichen Laufbahn selbst miterlebt. Sie berichten sehr häufig, gern und detailreich davon, wie sich das Internet im Laufe ihres beruflichen Werdegangs immer mehr in ihren Alltag „eingeschlichen“ und zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Viele haben noch die Anfänge dieses Mediums erlebt und erinnern sich daran wie an eine ferne Vergangenheit („mit BTX fing alles an“; „früher haben wir noch ausgedruckt und Faxe geschickt“).

Heute ist allen klar, dass es sich beim Internet um eine Schlüsseltechnologie handelt, ohne die – gerade im Mediensektor – nichts mehr geht. Das Internet ist Ausgangspunkt, Werkzeug und Inhalt der eigenen Arbeit, es ist in der globalisierten Welt der allumfassende Kanal, durch den alles fließt. Es fällt schwer, irgendetwas zu finden, das in ihrem Umfeld nicht online-gesteuert ist („vielleicht noch die Kaffeemaschine“).

„Das Internet ist alles. Alles, was wir tun, ist das Internet. Wir publizieren im Internet, wir recherchieren im Internet, wir kommunizieren übers Internet, wir schreiben täglich dutzende von E-Mails, telefonieren aber im Vergleich relativ selten. Selbst unsere redaktionsinterne Kommunikation läuft überwiegend über Netzwerke, Bildschirme und Tastaturen, weil das gar nicht zu machen ist, dass wir alle immerzu alles, was an Kleinigkeiten hin und her zu schicken und abzusprechen ist, mit persönlichen Gesprächen tun. Das heißt, das Internet ist von dem, was wir tun, nicht zu trennen.“

„Ich kann im Internet Gleichgesinnte überhaupt erst mal finden, kann mich mit ihnen koordinieren, ich kann neue Projekte entwickeln. Das alles ist über das Internet sehr, sehr viel einfacher geworden. [...] Einfacher, schneller, flexibler. Also, wenn ich möchte, kann ich für Spezialthemen viel einfacher Experten finden wie früher. Und ich bin nicht mehr so auf den Filter der großen Medien angewiesen.“

Akteure in den Medien haben die weitreichenden Implikationen im Blick, die das Internet für die gesamte Gesellschaft mit sich bringt. Gerade aufgrund seines in alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche hineinwirkenden, alle Ressorts umfassenden Charakters ist dies ein „dankbares“ Themenfeld, das viel Konfliktpotenzial bietet und dies in einem enormen Entwicklungstempo; das heißt, die relevanten Nachrichtenfaktoren (wie z.B. Nähe, Tragweite, Konflikt, Variation etc.) werden hier geradezu bilderbuchhaft erfüllt.

„Wir befinden uns mitten in einer Revolution und zwar der größten mindestens seit dem Buchdruck. Die Welt, in der wir leben, verändert sich schneller, massiver und grundlegender, als sie das in vielen Jahrhunderten getan hat. Vor allem schneller. Natürlich haben auch das Flugzeug, das Auto und das Fernsehen die Welt verändert, aber nicht in so rasendem Tempo und vor allem nicht so schnell in den Alltag jedes Einzelnen hineinreichend. Und das a) publizistisch zu begleiten und b) möglicherweise in einem sehr bescheidenen Rahmen mitzuhelfen, dass da nicht irgendwelche politischen Weichenstellungen passieren, die man hinterher bereut, ist natürlich eine ganz reizvolle Aufgabe.“

Das Internet ist in dieser Sichtweise in jedem Fall eine große Chance für die gesamte Gesellschaft, die die Kommunikation und das Zusammenleben der Menschen erleichtert, den Lebenshorizont erweitert und ganz neue Möglichkeiten erschließt. Das Internet verändert dabei aber auch ganz grundlegende Vorstellungen von gesellschaftlicher Integration und Partizipation; nicht nur in Form von Optionen, sondern auch durch neu entstehende Anforderungen. Menschen können nicht nur „vom Internet“ das Vernetzen lernen, sie müssen es auch lernen: Man kann es sich nicht mehr leisten, nicht vernetzt zu sein – selbst wenn man kein Journalist ist.

„Wenn Sie heute Inhalte ins Netz stellen, die nicht vernetzt sind, fallen die durchs Netz, haben keinen Wert. Wenn Menschen heute arbeiten, die nicht vernetzt sind, fallen die durchs Netz, haben keinen Wert. Das heißt, die ganze Wertevorstellung der Menschen verändert sich durch dieses Internet.“

Vorrangig werden somit die Chancen thematisiert, das Internet selbst kann aber auch zum Risiko werden – nämlich dann, wenn es „schlecht gemacht“ ist: Bei aller Faszination über neue Errungenschaften, pochen sie aber auch darauf, auch die Gefahren in den Blick zu nehmen. Das Internet wird aus ihrer Sicht mit immer neuen Funktionalitäten überfrachtet, immer neue Anwendungen und Applikationen werden integriert, ohne dass darauf geachtet wird, ob das grundlegende Fundament, von dem man immer abhängiger wird, auch gesichert ist.

„Wir packen im Augenblick ja so viele Funktionalitäten auf das Netz drauf und machen uns vom Internet in so vielen Bereichen abhängig, dass wir dabei übersehen, dass wir einige Dinge vielleicht zu schnell machen und einige Dinge nicht genug absichern, weil wir nicht genügend nachdenken. Darin liegt wiederum ein Risiko. [...] Die Techniknahen übersehen, dass sie nicht genug Sicherheit und Verlässlichkeit in dieses Netz einbauen. Da werden riesige Gebäude errichtet, auf sehr, sehr schwachen Fundamenten. Das wird irgendwann zum Teil zusammenkrachen. Verbunden sind diese Sachen auch damit, dass man, wenn es zusammenkracht, auch in der Akzeptanz einen riesigen Rückschritt erleben wird.“

Medien als Beobachter und Begleiter schnellebiger Veränderungsprozesse

Die Medienvertreter sehen sich als Spezialisten zum Thema Internet und neue Kommunikationstechnologien. Sie beanspruchen, das Internet aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten, die jeweiligen Für und Wider abzuwägen und die verschiedenen Player gegeneinander antreten zu lassen. Sie sind zwar persönlich optimistisch in Bezug auf die digitale Zukunft, arbeiten im beruflichen Kontext aber durchaus gern mit Katastrophenszenarien: Ein möglicher Rückschritt, ein echtes „Daten-Fukushima“ ist ein interessantes Gedankenspiel.

Die Medienakteure sehen sich als Beobachter und kritische Begleiter schnellebiger Veränderungsprozesse. Sie möchten diejenigen sein, die durch die Gestaltung des medialen Diskurses Themen setzen und dadurch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auch auf bislang vernachlässigte Aspekte der Internet-Debatte lenken können. Ein Beispiel:

„Wenn ich sehe, mit welcher Leichtigkeit die großen Unternehmen wie YouTube, Facebook und so weiter, die ungeheuren Speichermengen verbrauchen und andere Dinge, auch den Datendurchsatz im Internet beeinflussen, dass die sich aus der Verantwortung stehlen, in diese Infrastruktur mit zu investieren und das eigentlich komplett den Netzbetreibern überlassen. [...] Da bin ich sehr froh, dass es ein paar Institutionen gibt, die dann zumindest mal Google gezwungen haben, auch mal zu sagen, wie viel Energie sie eigentlich verbrauchen. Wir reden über Energiewende und alles Mögliche und Google steht allein für ein Kernkraftwerk oder vielleicht zwei, und ich rede nur über Europa.“

Medienvertreter wollen für Transparenz sorgen und Missstände anklagen, hierfür werden vor allem Vergleichsperspektiven aus anderen Ländern herangezogen („Wo steht Deutschland?“, „Wie machen es die anderen?“). Es geht ihnen um einen möglichst differenzierten Blick auf die Thematik, sie sind sich ihrer berichterstattenden Verantwortung durchaus bewusst und wollen die mediale Diskussion möglichst neutral moderieren („kein Netz-Evangelismus“). Es geht ihnen darum, sowohl überzogene Euphorie aber auch Ängste zu relativieren. Im Austausch mit relevanten Entscheidern anderer Gesellschaftsbereiche (namentlich Politik und Wirtschaft) streben sie an, auf den gesellschaftlichen Diskurs einzuwirken, Lösungswege aufzuzeigen und Entscheidungsprozesse in die „richtigen“ Bahnen zu lenken.

„Wir betrachten das natürlich als unsere Aufgabe, diesen gesellschaftlichen Veränderungsprozess so zu bereiten und zu begleiten, dass der in sinnvoller Weise verläuft und dass Auswüchse und Fehlentwicklungen weder in die eine noch in die andere Richtung passieren.“

Gleichzeitig müssen die Akteure des Mediensektors auf ein verändertes Bild von Öffentlichkeit und veröffentlichter Meinung reagieren: Das Internet gibt dem Nutzer die Möglichkeit, selbst zum Sender zu werden, sei es durch Kommentierung von Online-Artikeln oder durch Nutzung von Social Media. Damit verändert sich auch die Position des Journalisten selbst – er ist nicht mehr der alleinige „Gatekeeper“, sondern steht im Austausch mit anderen Akteuren auf dem Feld. Dies wird momentan

eher als Bereicherung denn als Konkurrenz betrachtet – als neue Quelle für „echteren, schnelleren“ Content.

„Und zurzeit befasse ich mich vertieft mit dem Thema Wandel der Öffentlichkeit durch das Internet, insbesondere durch Veröffentlichung seitens nicht-journalistischer Player. [...] Da geht es speziell um Leaking. Das ist dem Journalismus sehr, sehr nahe, aber wird zunehmend auch von Nichtjournalisten betrieben, was Journalisten sehr hilft in ihrer Arbeit, weil sie ja auch rechtlich eingeschränkt sind.“

Fehlende Balance realistischer Chancen- und Risikoeinschätzung bei anderen Akteuren

Vor allem Wirtschaft und Politik werden auf die Bühne des medialen Geschehens gebracht und sind die wichtigsten Darsteller im Machtkampf um die Gestaltung des Internets („hier ist jeden Tag ‚Hase und Igel‘-Rennen“). Dreh- und Angelpunkt ist dabei das Spiel mit den Ängsten der Bevölkerung, das die verschiedenen Akteure betreiben.

„Das deutsche Mantra ist, immer die Risiken zu sehen. [...] Da gibt es Lobbyisten-Gruppen, die mit den Ängsten spielen und die auf diesem Wege Fortschritt verhindern wollen, weil Transparenz für ihr Geschäftsmodell schlecht ist, behaupte ich mal, die unter diesem Deckmäntelchen des Datenschutzes oder der Datensicherheit arbeiten. Die Dinge werden dann so komplex in Deutschland und so überaus abgesichert, dass man sie gar nicht mehr richtig benutzen kann.“

Das Wissen über das Internet, seine speziellen Ausprägungen und Nutzungsmöglichkeiten ist den Medienakteuren zufolge aber bei politischen Entscheidern oft so rudimentär, dass sie schon aufgrund der mangelnden Detailkenntnis ihre Aufsichtsfunktion gegenüber den Wirtschaftsunternehmen nicht in der gebotenen Weise wahrnehmen können.

„Das Problem sind auch die Politiker in Deutschland. Also die Leute, die jetzt z.B. im Bundestag sitzen, die verstehen das ja auch gar nicht unbedingt so gut.“

„Sehr wenige Personen sind in den Aufsichtsbehörden überhaupt aktiv und kennen sich aus. Ich wette, die könnte man in Deutschland an zwei Händen abzählen.“

Insgesamt ist auffällig, dass sich nahezu alle Akteure in der Internet-Welt offenbar nicht so gut auskennen wie man selbst. Auch der eigenen Branche unterstellt man teilweise Unkenntnis in der Debatte – allerdings nicht dem eigenen Medium. Man selbst ist Experte und durchblickt das Terrain, die anderen können vieles nicht so gut erklären oder setzen auf Angstdiskurse.

„Und die Themen kommen dann nur sehr merkwürdig in der Tagesschau oder im Stern oder so an [...] Man denkt als Fachmann, oh Gott, die haben das ja gar nicht begriffen, oh Gott, die machen jetzt wieder den Leuten Angst, oder die erklären das so, dass der Bürger das gar nicht versteht. Bei dem kommt nur an, pass auf. Das finde ich schade, dass es zu wenig Leute gibt, die diese Themen allgemeinverständlich in Medien beschreiben, die viele Leute lesen, hören oder sehen.“

Wenngleich natürlich Risiken nicht von der Hand zu weisen sind, so werden die Zustände aus Sicht der Medienvertreter doch oftmals in ungerechtfertigter Weise überdramatisiert: Die Freiheit, die das Internet bietet, bringt umgekehrt notwendigerweise ein gewisses Maß an Unsicherheit mit sich, mit dem eine entwickelte Gesellschaft – und darin die Nutzer – aber durchaus umgehen können. Die Menschen werden aus ihrer Sicht für dumm verkauft, ihnen wird nichts zugetraut, sowohl von Politikern wie von Unternehmensvertretern.

„Die eine Möglichkeit ist Normalisierung der Dinge, über die berichtet wird. Das berühmte Beispiel sind immer diese angeblich ganz furchtbaren Momente, dass man zu seinem ersten Vorstellungsgespräch kommt und dann die Partys der vergangenen 10 Jahre vorgelegt bekommt. Das wird immer wieder zitiert. Ich stelle mir die Situation erstens so vor, dass es in etwa 10-15 Jahren überhaupt keine Bewerber mehr gibt, [lacht] [...] Und zweitens kann ich mir vorstellen, dass die technisch versierten Bewerber von morgen insbesondere die Partyfotos des Personalchefs haben.“

„Da bin ich immer für Selbstregulierung, um das auch in aller Abgrenzung so zu sagen. Ich finde, dass der Staat sich in zu viele Dinge einmischt. Der sollte sich auf seine Grundversorgung, die Aufrechterhaltung der Infrastruktur und solche Dinge reduzieren, aber nicht erwachsenen Menschen versuchen, das Ideal vorzugeben. Nehmen Sie das ganze Thema Rauchverbote und ähnliche Dinge, wo es ja zum Teil zu absurden Formen der Bevormundung kommt.“

Technologische Innovationen benutzerfreundlicher und damit sicherer machen

Die Akteure des Mediensektors sind selbst große Unterstützer der Internet-Technologie. Da sie ganz nah am Thema sind und gleichzeitig die Entwicklungen zu überblicken behaupten, sehen sie sich in gewisser Weise auch als „Anwälte der Nutzer“. Sie weisen darauf hin, den Nutzer ernst zu nehmen und Innovationen nicht nur durch die Technikbrille zu sehen, sondern den Menschen einen echten Mehrwert zu vermitteln. Benutzerfreundlichkeit und Bediensicherheit sind im Internet durchaus noch verbesserungswürdig, und auch technikferne Anwender müssen im Zuge der gesellschaftlichen Verbreitung des Internets die Chance bekommen, „mitgenommen“ zu werden.

„Das ist die große Herausforderung, die nicht abzuhängen. Das geht einzig und allein durchs Kommunizieren der Vorteile der neuen Lösungen – die müssen aber wirklich auch da sein. [...] Und zweitens müssen die idiotensicher und extrem sicher sein. [...] Da ist unsere Wirtschaft oft sehr schlecht drin. [...] Dass diese Bedienerführung so schlecht gemacht ist, das liegt daran, dass das Internet und die Dienstleistung rings herum, wie weit man das auch fassen will, oft von Technikern, von sehr techniknahen Menschen gemacht worden sind.“

Anbieter sollen dem Nutzer auch entgegenkommen; sollen ihre Internet-Angebote einfach, zugänglich und im Hinblick auf Sicherheitseinstellungen transparent gestalten.

Beispiel: Einheitliche Bezahlssysteme

„Es wäre natürlich schön, wenn sich die Betreiber auf, sagen wir mal, zwei, drei Standards zum Zahlungsverkehr einigen könnten, um dadurch schon von vornherein, erstens den Aufbau gewisser Seiten einfacher zu machen, und zweitens schauen, dass es, ich will nicht sagen, dass es eine Internet-Währung geben soll, das wäre ein bisschen viel, dass es überschaubarer wird.“

Beispiel: Social Media

„Weil wenn ich jetzt nur an diese ganzen Konfigurationsmöglichkeiten bei Facebook denke oder auch in dem Internet-Browser. Die Haupteinstellung ist immer die Grundkonfiguration, weil die wenigsten Nutzer die ändern werden. Und da ist es wieder Aufgabe der Politik, zu fordern, wie muss die Grundeinstellung aussehen. Wenn der Nutzer dann entscheidet, ich möchte in eine andere Richtung gehen, dann tut er das dann bewusst. Deshalb sollte die Grundeinstellung eher restriktiv sein. Sie ist es aber in der Regel eben nicht. Es ist genau das Umgekehrte.“

Aus Sicht der Medienschaffenden ist Internet heute kein Luxus einer ausgewählten Community mehr, sondern ein Breitenmedium, dessen Zugänglichkeit zur infrastrukturellen Grundausstattung gehören sollte. Gleichzeitig sind die Systeme jedoch so komplex und die Geschwindigkeit, mit der neue Anwendungen und Applikationen auf den Markt kommen so hoch, dass es für die breite Masse der Nutzer schwierig ist, hier mitzuhalten.

„Ich würde sagen, er [der Nutzer] ist fast überfordert, weil wenn man beispielsweise diese sozialen Netzwerke anschaut, müsste er im Prinzip diese 15 Seiten Nutzungsbedingungen und die Datenverwendungsrichtlinien durchlesen. Das ist schon in einer Sprache geschrieben, die nur schwer verständlich ist und juristisch auch auslegbar ist.“

Der Blick der Medienakteure ist nach vorn gerichtet: Die Digitalisierung der Lebenswelt wird aus ihrer Sicht immer weiter voranschreiten und immer stärker den Alltag durchdringen. Sehr detailliert entwickeln sie Szenarien für die Zukunft in der digitalen Gesellschaft.

„Das wird auch Wirtschaftsabläufe verändern und das wird unseren Alltag massiv verändern, es wird dazu führen, dass beispielsweise Kundenströme in Innenstädten anders geleitet werden, weil verschiedene Läden oder Mittagstischrestaurants mit Rabattangeboten um diejenigen konkurrieren, die da gerade unterwegs sind, weil dann der Pizza Hut von um die Ecke Ihnen ein Angebot schickt, jetzt zwei für den Preis von einer, komm doch zu uns, geh nicht zu McDonalds.“

3. Perspektiven der Netz-Akteure

3.5. Wissenschaft: Über Strukturwandel, Gestaltungsnotwendigkeit und neue gesellschaftliche Gräben

WANDEL
DISKURS
BILDUNG PRINZIPIEN
ÜBERBLICK
FORSCHUNG AUFKLÄRUNG
KRITISCHES BEWUSSTSEIN
KOMPLEXITÄTSREDUKTION
Distanz
Rückkopplung
REFLEXION
Medienkompetenz
PERSPEKTIVENVIELFALT
EXPERTISE
RELEVANZ
ANALYSE
DEBATTE
POTENTIAL

3.5. Wissenschaft: Über Strukturwandel, Gestaltungsnotwendigkeiten und neue gesellschaftliche Gräben

Internet als Auslöser eines kulturellen Wandels

Wissenschaftler haben einen sehr breiten, facettenreichen Blick auf die Thematik, der deutlich über ihre eigene Fachdisziplin hinausgeht. Die zunehmende Digitalisierung der Alltagswelt wird als große Chance, aber auch als Auslöser für einen tiefgreifenden kulturellen Wandel gesehen, der weitreichende technische, ökonomische, politische und soziale Implikationen mit sich bringt (als Beispiele werden genannt: „Internet der Dinge“, diversifizierte internetbasierte Geschäftsmodelle, ein neues Verständnis von Person, Kommunikation und sozialem Austausch).

Das Veränderungspotenzial des Internets, seine Chancen und Risiken werden sehr sorgfältig gegeneinander abgewogen, wobei am Ende der Erörterung die Chancen des Internets eindeutig überwiegen und die Risiken als beherrschbar scheinen, wenn man sie denn tatsächlich angehen würde.

„Im Grunde genommen geht es darum, das Internet als Geschenk zur Jahrtausendwende zu begreifen. [...] Man kann dieses Geschenk annehmen und damit pfleglich umgehen oder man kann es kaputt machen, indem man damit nicht pfleglich umgeht. Und das Recht spielt hier eine wichtige Rolle, aber auf keinen Fall die wichtigste oder wesentliche Rolle, sondern es ist immer ein Zusammenhang von Recht, Wirtschaft, Technik und Sozialem.“

Wissenschaftler sind in der Lage, unterschiedliche Positionen und Wahrnehmungsebenen zum Internet einzunehmen. Sie sind selbst Teil ihres Forschungsobjektes, sehen das Internet sowohl aus der Innenperspektive als auch von „draußen“.

Wissenschaftler sind selbst begeisterte Nutzer, vor allem auch der sozialen Netzwerke und sind fasziniert von dem ungeheuren Potenzial, das sich auch durch die Verschmelzung bislang abgegrenzter Sphären (z.B. Forschung und Anwendung) ergibt; sie können sich ganz in diese eigene Welt der sogenannten „Netzgemeinde“ begeben – natürlich mit der geforderten reflektierten Distanz. Die Notwendigkeit eines Facebook-Accounts wird dabei gern als forschersicher Selbstversuch deklariert:

„Das Problem ist, ich bin selbst in Facebook sehr aktiv, einfach deshalb, weil ich erkunden will und erkunden muss, wie funktioniert dieses Netzwerk. Weil ich darüber forsche und weil ich das auch wie eine Art Selbstversuch sehen muss, wie leichtfertig geht man tatsächlich mit Postings um, wie kompliziert sind die Privatsphäre-Einstellungen.“

Insgesamt sieht die Wissenschaft das Internet als große Bereicherung und als unabdingbar für das heutige Leben: Einerseits ganz alltagspraktisch als unterstützende Infrastruktur bei der Umsetzung von Forschung und Lehre (das Internet als Hilfsmittel bei der Informationsbeschaffung, Erleich-

terung der Kommunikation und Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern, E-Learning-Angebote), aber auch als Forschungsgegenstand selbst ist das Internet hochaktuell – dessen Bedeutung, wie hier häufig beklagt wird, in anderen gesellschaftlichen Bereichen (namentlich und vor allem in der Politik, aber z.B. auch Bildung und Medien) noch als viel zu nachrangig bewertet und eindimensional inszeniert wird.

„Sie brauchen an oberster Stelle, in den Regierungen, in der Bundesregierung, in den Landesregierungen wirklich führende Köpfe, die das Thema dort platzieren, wo es hingehört, nämlich absolut oben.“

Wissenschaftler gehen davon aus, dass durch das Internet tradierte Vorstellungen von Realität, Rechtsordnung, Gesellschaftsstruktur und Demokratie einem fundamentalen Wandel unterzogen werden. Sie betrachten dies durchaus nüchtern, aber mit dem Hinweis auf Gestaltungsnotwendigkeit will man verhindern, dass sich neue gesellschaftliche Gräben auftun.

„Und diese Art des Digital Divide, die über die Inhalte und Formen der Nutzung geht, die wird sich, glaube ich, verstärken. Es gibt schon so eine Art Internet-Elite, die es schafft, den beruflichen Aufstieg oder den sozialen Aufstieg mit der Internet-Nutzung zu verbinden. Und es gibt welche, die das überhaupt nicht schaffen, sondern [das] Internet quasi als einen virtuellen Lebensraum nutzen für ihre Alltagsdinge, aber überhaupt in keiner Form eine Verbesserung des sozialen Status über das Internet erzielen. [...] Weil die Ausgrenzungsmechanismen ja nicht nur virtuell sind, sondern auch weiterhin sozial. Insofern bleibt abzuwarten, inwieweit der Zwang der virtuellen Vergemeinschaftung die reale Vergemeinschaftung im wirklichen Leben überlagert.“

Beschreiben, vergleichen und einen Überblick gewinnen

Die Wissenschaft verfolgt ähnlich wie die Medien eine vergleichende, relativierende Perspektive. Dabei möchte sie allerdings weniger einen eigenen Standpunkt formulieren, sondern zunächst einmal das Feld aufspannen und künftige Herausforderungen der digitalen Gesellschaft benennen. Dies würde vor allem durch ein interdisziplinäres Vorgehen ermöglicht, das möglichst viele Facetten der Thematik beleuchtet und sie so in den gesellschaftlichen Diskurs einbringt.

Wissenschaft sieht sich zudem in der Pflicht, die Komplexität der Debatten aufzulösen, zu reduzieren und auf nachvollziehbare Fragestellungen herunterzubrechen, um dies auch einer breiteren Öffentlichkeit oder weniger informierten Entscheidern erklären zu können und zugänglich zu machen.

Teilweise sind die Wissenschaftler in ihrer Arbeit mit Entscheidern aus anderen gesellschaftlichen Sektoren, wie Politik, Wirtschaft, Medien und Recht vernetzt und möchten so Aufmerksamkeit für neue Fragen und Anforderungen schaffen, relevante Gesichtspunkte überhaupt erst aufzeigen und Lösungsansätze erarbeiten.

Die Wissenschaftler begreifen sich dabei gern als Mahner, die „den Finger in die Wunde legen“, indem sie kritische und bislang vernachlässigte Aspekte des Internets hervorheben, Querverbindungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren und wissenschaftlichen Disziplinen herstellen, ergo: durch ihren breiten und fundierten Blick auf die Thematik zeigen können, wie die Verhältnisse in ihrer Gesamtschau wirklich sind.

„Kontrolle muss man z.B. immer aus verschiedenen Seiten anschauen. Da gibt es den Staat, aber auch Google kontrolliert mein Nutzungsverhalten und sammelt darüber auch Daten. Wenn ich z.B. Homosexualität als Begriff suche, wäre das ein Teil der Daten, die Google sammelt, die man auch nutzen kann, um mich möglicherweise zu erpressen. Wenn ich ein Handy oder Smartphone habe, weiß auch Facebook immer, wo ich gerade stecke. Und wie kontrolliere ich nun Online-Unternehmen, die selbst kontrollieren, aber eben in ganz anderer Ausrichtung?“

Die Mehrheit der Wissenschaftler möchte Berater der politischen und wirtschaftlichen Entscheider sein. Sie wollen nicht nur diagnostizieren und kritisieren, sondern auch – ausgehend von ihrer jeweiligen Expertise – Lösungsansätze für drängende Problemlagen erarbeiten und diese bei den entsprechenden Entscheidern einbringen. Sie möchten gestalterisch tätig werden und aufzeigen, was in einer Langfristperspektive getan werden sollte, um somit dazu beizutragen, eine zukunftsfähige digitale Gesellschaft zu fördern. Dies ist aus ihrer Sicht noch ein längerer Weg, der aber unbedingt gegangen werden muss, denn sie machen im Alltag häufig die verblüffende Erfahrung, dass die Endnutzer quasi überhaupt nichts wissen.

„Und dann kommen Menschen nach so einer Veranstaltung zu mir und sagen, das habe ich gar nicht gewusst, dass das so ist. Und das geht nicht. Also das ist so, als ob wir in diesem Land leben würden und wir hätten eigentlich überhaupt keine Idee davon, wie das politische System aufgestellt ist. Nun weiß ich, dass man, wenn man fragt, auch da ziemlich desillusioniert wird, aber so was wie Bundestag, Bundeskanzlerin, also das haben die Leute ja schon mal gehört. Und dann können sie vielleicht auch ein bisschen was dazu sagen. Und das muss man fürs Internet auch können. Das ist wichtig. Und da versuchen wir, einen Beitrag zu leisten.“

Alle Akteure haben Nachholbedarf in punkto Internet – mit Ausnahme der Wirtschaft

Wissenschaftler denken stets in Interdependenzen und Rückkoppelungen, alles hängt mit allem zusammen. Sie können ohne Probleme „To Do-Listen“ für diverse Akteure benennen und Aufgabenpakete verteilen. Nicht nur Themen, Gesellschaftsbereiche und ihre spezifischen wechselseitigen Abhängigkeiten sind auf ihrer Agenda, sondern auch verschiedene Akteursgruppen.

In der Politik: Die Wissenschaftler diagnostizieren einen großen Mangel an Wissen und Kompetenz in Bezug auf das Internet und entsprechende zukünftige Herausforderungen. Politiker sind aus

ihrer Sicht zwar engagiert und sehen Handlungsbedarf, aber sind selten hinreichend informiert, um adäquate Entscheidungen zu treffen.

„Auf der einen Seite ist natürlich wesentlich, erst mal in der Politik überhaupt ein Verständnis für die Zusammenhänge zu erzeugen, weil man sonst eine Fehlregulierung hat. Da muss man nur leider mit dem kleinen Einmaleins anfangen. Das ist natürlich jetzt gerade in der Netzpolitik momentan ein Megathema, überhaupt erst mal ein Grundverständnis zu bekommen ‚für dieses Internet‘. Das ist aber eine Voraussetzung. Aber das alleine reicht natürlich auch nicht. Ich muss natürlich auch schauen, und das ist ein rechtswissenschaftliches Thema, wie begründe ich eine internetrechtliche Dogmatik, also eine Normenstruktur, die in heutiger Zeit irgendwo noch eine sinnvolle Wirkung erzeugt. Also, das Thema rechtliche Steuerung. Wo kann ich rechtlich steuern und wo nicht mehr?“

Die Wissenschaftler sehen die im Internet agierenden Wirtschaftsunternehmen als eine entscheidende Akteursgruppe mit einem inzwischen enormen Machtpotenzial. Die Unwissenheit bzw. Nachlässigkeit von Politik und Anwendern nützt IT-Unternehmen, die dadurch jenseits von abgegebenen „Handlungsversprechen“ weitgehend frei und unabhängig im Internet agieren können.

„Und da ist klar, dass Unternehmen wie Facebook und Google natürlich eine unglaubliche Macht haben, weil sie einen Großteil der Informationen, die wir ins Netz geben und die wir aus dem Netz herausnehmen, hosten. Und wenn Sie überlegen, die Kommunikation läuft jetzt immer stärker über Facebook.“

Nutzer haben aus Sicht der Wissenschaft die Pflicht, sich aufzuklären, zu informieren, ein kritisches Bewusstsein und gesundes Misstrauen im Umgang mit den neuen Medien und dem Internet zu entwickeln. Häufig genug sei jedoch das Agieren im Internet von Nachlässigkeit und Bequemlichkeit geprägt – der Nutzer bildet damit selbst das größte Risiko für seine Sicherheit:

„Was immer der Staat macht, es wird erst mal unterstellt, der will mir was. Man hat zu manchen Unternehmen ein durch nichts begründetes Grundvertrauen. [...] Einem Google, was auch immer, vertraut man Daten ohne Ende an, durch nichts begründet, nur weil es so nett ist, weil es so schick ist. Auf der anderen Seite schreit man die ganze Zeit lauthals, man will seine Privatsphäre gewahrt sehen, Hilfe, Hilfe, Hilfe!“

Der Mediensektor wirkt den Wissenschaftlern zufolge derzeit noch nicht ausreichend mit an einer fundierten Aufklärung und Sensibilisierung der Nutzer im Hinblick auf Chancen und Risiken der Internet-Nutzung. Dies könnte einerseits im Rahmen von Berichterstattung und Dokumentation, aber auch durch die Entwicklung gezielter (Weiter-)Bildungsformate zum Thema Internet geschehen.

„Für Erwachsene, da denke ich schon manchmal an so was wie den 7. Sinn. Kennen Sie das noch? [...] Damals, kam dann der 7. Sinn und dann war das im Fernsehen und da hat man sich das angeschaut. Aber mittlerweile ist das Fernsehen nicht mehr das Medium der Wahl für alles [...] Da müsste man, denke ich, gruppenspezifische Formate finden, [...] Solche kleinen Messages, die man sich auch mal zwischendrin ansehen kann, von mir aus über YouTube, irgendwas Runterladbares, das fände ich gut.“

Aus Sicht der Wissenschaft befindet sich die Gesetzgebung derzeit noch in einem Prozess der Standortbestimmung im Hinblick auf das Internet. Als relativ neuer Bereich sind viele Positionen hier noch nicht endgültig geklärt:

„Das ist der gesamte Schwerpunkt, IT-Sicherheit, Gefahren, Abwehr, Internet-Kriminalität, Bekämpfung. Aber auch Social Media, auch die demokratischen Prozesse, die darüber ablaufen. Die Veränderung der Gesellschaft, der Politik. Was Web 2.0 mit sich bringt. Aber auch technische Innovationen wie das Cloud-Computing und die Frage, wie sich das dann rechtskonform gestalten lässt, wie sich überhaupt technische Prozesse rechtskonform gestalten lassen.“

Die befragten Wissenschaftler sehen sich im Hinblick auf ihren eigenen Wirkungskreis in einem Dilemma: Einerseits können sie Phänomene wissenschaftlich beleuchten und kritische Aspekte in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen; sie selbst sehen sich als wichtige Berater und Impulsgeber insbesondere für Wirtschaft und Politik – andererseits würden gerade in diesen Bereichen die Ergebnisse ihrer Forschungen oft nicht hinreichend gewürdigt und an den relevanten Stellen wirklich umgesetzt.

„Wissenschaft muss wahrgenommen werden, um in die Pflicht genommen werden zu können. Also ein Problem ist aus meiner Sicht, dass man in Deutschland relativ wissenschaftsfeindlich ist, also nicht bereit ist, sich mit den Ergebnissen der Forschung auseinanderzusetzen.“

Stärkung der Bedeutung von Forschung und Bestimmung von konkretem Handlungsbedarf

Wissenschaftler sehen in nahezu allen relevanten Gesellschaftsbereichen spezifische Defizite im Hinblick auf den Umgang mit dem Internet.

Aufgrund ihrer Position als Vermittler zwischen den unterschiedlichen Sektoren und ihrer Selbstsicht als kritische Begleiter des digitalen Modernisierungsprozesses sieht es die Wissenschaft deshalb als eine ihrer vordringlichsten Herausforderungen, diese Defizite überwinden zu helfen, konkreten Handlungsbedarf zu definieren und diesen in Form von Anforderungen an die relevanten und verantwortlichen Entscheider heranzutragen.

Im Bereich der Politik sehen die Wissenschaftler die Notwendigkeit, von gesetzgeberischer Seite für eine bestimmte fundamentale Grundsicherung des Netzes zu sorgen. Ausgewählte Internetbereiche müssten einfach einer staatlichen Normierung unterzogen werden und zwar solche, bei denen bereits ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit einer Regulierung besteht. Als wichtige Bereiche werden z.B. genannt: Jugendschutz (hier insbesondere Schutz vor Cyber-Mobbing), Datenschutz (hier auch: Sicherung der Rechte an den persönlichen Daten und Transparenzpflicht der Internet-Anbieter). Auf diese Weise könnte Deutschland auch zum Vorbild für andere Nationen werden.

„Genau die Probleme, die es gibt, in irgendeiner Form in Regulierungen umsetzen, auch auf nationaler Ebene. Da wird dann immer darauf hingewiesen, das Internet sei ein globales Medium, da könne man gar nichts machen [...] Auch bei so Sachen wie Sicherung des Jugendschutzes im Facebook-Bereich. [...] Es gibt, glaube ich, eine Reihe von Problemen. Gerade was ich gesagt habe, Cyber-Mobbing. Das ist ja ein Problem, was häufig in Schulklassen auftaucht. Das kann man mit nationalem Recht auch regulieren.“

„Andererseits bin ich trotzdem der Meinung, wir müssen für nationale Anbieter, für Dinge, die wir hier auch regulieren können, durchaus auch Regularien bieten. Wir haben unser nationales Datenschutzgesetz. Natürlich kann das umlaufen werden von internationalen Anbietern, die ihre Server irgendwo stehen haben und dann unserer Gesetzgebung ggf. nicht mehr unterliegen, was auch so einfach übrigens nicht stimmt. Ein Facebook und so, der das hier betreibt, ist auch der Datenschutzgesetzgebung unterworfen. Von daher, ich glaube sehr daran, dass wir uns nicht abschrecken lassen sollten von dieser Sichtweise: ach, alles ist so groß und gewaltig und wir brauchen da gar nichts versuchen, also lassen wir die Hände im Schoß. Sondern das, was uns wichtig ist, sollten wir tun, wir sollten Regularien aufsetzen, und wenn es gut klappt und gut ist, könnte es ein Export, ein Erfolgsmodell werden.“

Wissenschaftler sehen beim Ruf nach Regulierung aber immer auch die andere Seite der Medaille, nämlich die Nähe zu staatlichem Machtmissbrauch und Zensur. Regulatorische Eingriffe ins Netz müssten deshalb immer sehr sorgfältig auf Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit überprüft werden (z.B. Internetsperrungen als überzogenes Mittel der Regulierung).

„Regulieren und Zensieren sind aus meiner Sicht immer so nah beieinander. Und gerade wenn es dann heißt, der Staat muss machen, dann sind wir ganz schnell bei der Regierung und dann ist das ganz eng verknüpft mit Machtkonstellationen. Und das ist immer das Problem, wenn man nach Regulierung schreit, auf welche Art und Weise sichert man das dann, dass das nicht zum Machtmissbrauch gerät.“

Wichtiger noch als staatliche Regulierung sehen die befragten Wissenschaftler deshalb – gerade auch an die Akteure der Wirtschaft gerichtet – Prinzipien ausgehend von Selbstregulation und Fairness.

„Es gibt ja im Fernsehen so etwas wie eine freiwillige Selbstkontrolle, wo die Sendeanstalten selbst ihre Inhalte kontrollieren. Und das wäre aus meiner Sicht auch ein Modell für Online-Unternehmen, dass die selbst für sich auf Basis von Kategorien wie Transparenz oder Datensicherheit Kategorien entwickeln, nach denen sie mit ihren Angeboten gehen. Und das wäre aus meiner Sicht ein Modell.“

Neben Staat und Wirtschaft hat sich laut der Wissenschaft aber auch der Bildungssektor seiner Aufgabe zu stellen, nämlich zur Aufklärung und Sensibilisierung der Internet-Nutzer beizutragen. Die Entwicklung von Medienkompetenz ist eine wesentliche Voraussetzung, das Internet souverän und eigenverantwortlich zu nutzen und damit auch persönliche Risiken zu minimieren. Medienkompetenz muss deshalb in den Bildungsauftrag integriert, der Umgang mit neuen Medien auch ganz praktisch durch eine Modernisierung der Lehrmethoden eingeübt werden.

„Das ist einfach ein Skandal – und das ist in Bayern nicht anders als in allen anderen Bundesländern auch – ein Skandal, wie wenig die Kultusminister eben die Chance des Internets und der Digitalisierung für die Bildung in den Schulen entdeckt haben. Es ist einfach ein Unsinn, mit welchen veralteten Unterrichtsmethoden, veraltetem Material man in Deutschland weiterhin unterrichtet, obwohl es inzwischen das beste Material gäbe und die besten Methoden, die motivierend sind.“

„Da könnte man auch in den Schulen arbeiten. Wir haben in Deutschland immer noch keinen Unterricht in Sachen Medienkompetenz. Das ist nicht regelhaft in den Lehrplänen. [...] Der Staat kann z.B. Vorgaben machen für die Lehrpläne, dass man solche Themen wie Internet regelhaft in den Lehrplan aufnimmt.“

Jenseits konkreter Fragestellungen und Handlungsoptionen beschäftigt sich die Wissenschaft selbst mit weiterreichenden Visionen im Hinblick darauf, wie das Internet spezifische gesellschaftliche Parameter verändert und welche grundlegenden Überlegungen sich für die Gesellschaft als Ganzes daraus ergeben.

Im politischen Bereich gilt es beispielsweise, eine sinnvolle Balance zu definieren zwischen den Möglichkeiten des Internets im Hinblick auf Open Data/Open Government, also Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung einerseits und bedingungsloser Offenheit der politischen Entscheidungsprozesse andererseits. Zum einen ist Partizipation des Bürgers aus ihrer Perspektive in der Demokratie ein Wert, den es zu schützen und zu fördern gilt. Ebenso ist es aber auch wichtig, dass bestimmte Verhandlungen jenseits der Öffentlichkeit ablaufen und Entscheidungen, wenn nötig, im „Geheimen“ von den gewählten Vertretern des Volkes getroffen werden können, um die Handlungsfähigkeit der Politik nicht zu gefährden.

„Transparenz versus Geheimnis. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, weil die Tendenz ja ganz klar dahin geht, alles offen zu gestalten, alles freizugeben. Und das halte ich für problematisch. Weil wir in unserer Kultur gar nicht auf so eine komplett offene Gesellschaft eingestellt sind. [...] Dazu sind wir gar nicht reif. Es ist ja so, dass Geheimnisse auch ihre Vorteile haben. [...] Politik besteht auch darin, Kompromisse zu finden und etwas klug zu gestalten. Wenn Sie à la Piraten alles von Anfang an komplett offen machen, werden Sie unter menschlichen Bedingungen keine Ergebnisse erzielen können. [...] Oder auch bei ACTA habe ich nichts dagegen, wenn dann zeitweise hinter verschlossener Tür verhandelt wurde, um vielleicht auch bestimmten Staaten gewissermaßen noch was abzurufen. Das kann man nicht auf der offenen Bühne machen. Aber es müssen immer die Bedingungen als solche kommuniziert werden und es muss natürlich das Volk rechtzeitig mitentscheiden können. Ich bin nicht für bedingungslose Offenheit.“

Das Internet beschreiben die Wissenschaftler als ein noch relativ neues gesellschaftliches Handlungsfeld, für das geltende Normen, Werte und Rechte noch nicht endgültig ausgehandelt sind. Die Gesellschaft befindet sich vielmehr in einem Prozess, in dem sich wechselseitige Abstimmungsprozesse permanent vollziehen und in dem letztendlich abgewogen werden muss, wie man sich die Ausgestaltung des Lebensraumes Internet vorstellt. Hier gehen die Gedankenspiele auch von unterschiedlichen Online-Orten aus, von „Wohlfühlräumen“ im Netz einerseits, in denen man sich sicher und behaglich bewegen könnte, bis hin zum „Dschungel“, der frei von normativer Ordnung sein könnte. Die Gesellschaftsmitglieder müssten dann für sich entscheiden, was sie letztendlich für akzeptabel und wünschenswert hielten.

„Und dann sollte es aber Angebote geben, die so eine Art Grundangebot darstellen. Das fände ich schon ganz gut, wenn es da Verpflichtungen gäbe, dass die einen gewissen Sicherheitsstandard garantieren, dass man das auch in irgendeiner Weise nachweisen muss, so dass wenn ich als Benutzer eben nur mal so ein paar Grundbedürfnissen nachgehen möchte, dann weiß ich, ah, das sind diese Institutionen. Wenn ich die anpeile, dann bin ich auf einer sicheren Seite. Und alles andere, da ist Dschungel. Wenn ich da rein will, OK. Dann ist es mein Problem.“

Mit dem Internet ist aus der Sicht der Wissenschaft eine Plattform entstanden, die den Gesellschaftsmitgliedern gigantische neue Möglichkeiten im Hinblick auf individuelle Verwirklichung, freie Meinungsäußerung, Kreativität und Innovationskraft bietet. Um diese Chance tatsächlich nutzen zu können, setzen die Wissenschaftler vor allem auf „Fairness“ als Prinzip und wünschen sich eine „Kultur des Vertrauens“.

„Und das heißt, wir werden neue Vertrauensstrukturen aufbauen müssen. Und werden überlegen müssen, wie man mit Vertrauensbruch dann umgehen kann. Aber wie können beispielsweise Geschäftsmodelle entstehen, in denen sich seriöse Unternehmen auch einen Marktvorsprung verschaffen, in dem sie wirklich vertrauenswürdig sind, während andere dahinten anstehen, weil sie das Vertrauen als solches nicht bekommen von den Usern?“

4.

„Babylonisches Sprachgewirr“: Sicherheit zwischen Recht und Freiheit – aber ohne Einigkeit

CHANCEN
RISIKEN
FREIHEIT
RECHT
PROBLEMIORIENTIERUNG
DISKUSSION
POSITIONIERUNG INTERESSEN
MEINUNG
DILEMMA
ÖFFENTLICHKEIT
RAHMENBEDINGUNG
KONFLIKTE
DISSENS
KOMMUNIKATION
SPRACHE
VERANTWORTUNG
SICHERHEIT
VERTRAUEN

4. „Babylonisches Sprachgewirr“: Sicherheit zwischen Recht und Freiheit – aber ohne Einigkeit

Die befragten Meinungsführer haben einen spezifischen Blick auf das Internet, bedingt durch die eigenen Ziele, Einflussmöglichkeiten und das aktuelle gesellschaftliche Klima sowie die damit verbundenen Anforderungen und Bedenken der Nutzer. Die Darstellung der sektorenbezogenen Positionierungen in den vorauslaufenden Kapiteln hat ein weites Feld aufgespannt, in dem das Internet in technologische, ökonomische, soziale und kulturelle Deutungszusammenhänge und Verarbeitungsprozesse integriert wird.

Einig sind sich die Meinungsführer, dass das Internet mittlerweile zu einem unverzichtbaren und integralen Bestandteil des privaten und öffentlichen Lebens geworden ist. Aus der Tatsache, dass die Abhängigkeit von dieser Infrastruktur groß ist, erwachsen auch aus Ihrer Sicht nicht nur Chancen, sondern auch Herausforderungen. Unabhängig davon, ob eher die Potenziale oder die Risiken des Internets von den Akteuren betont werden, ist das Thema Sicherheit daher ein zentraler Dreh- und Angelpunkt aktueller Standortbestimmungen – sowohl in Bezug auf seine jeweilige Bedeutung, als auch bezüglich wahrgenommener Interessenskonflikte und Lösungsansätze.

Fast alle Meinungsführer betonen, dass Sicherheit eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist, dass alle Bürger (auch der unbedarfteste Nutzer!) Vertrauen zum Medium Internet fassen und es geschützt und frei nutzen können.

Sicherheit und Vertrauen sind daher sowohl assoziativ wie argumentativ eng miteinander verknüpft. Sicherheit gilt vielen als Bedingung von Vertrauen, gleichzeitig gibt es auch Vertrauen ohne tatsächliche Sicherheit. Um diesen Zusammenhang systematisch darzustellen, werden an dieser Stelle zunächst das Verständnis und die jeweiligen Zugangsweisen zum Thema Sicherheit fokussiert. Der Bezug zum Thema Vertrauen wird im folgenden Kapitel hergestellt.

Umfassende Sicherheit im Internet gibt es nicht

Völlige Sicherheit im Internet ist aus Sicht der Meinungsführer nicht herstellbar – genauso wenig wie in der realen Welt. Das Ziel kann daher nicht in Gefahrenfreiheit bestehen, sondern in bestmöglicher Eingrenzung, Abschätzung und Berechenbarkeit eines oft diffusen Gefahrenspektrums. Die Meinungsführer gestehen sich nüchtern ein, dass Sicherheitslücken meist erst dann auffallen, wenn sie von jemandem entdeckt werden.

„Ich bin der festen Überzeugung, 100 Prozent Sicherheit wird es nie geben. 100 Prozent Freiheit natürlich auch nicht. Unter totaler Aufgabe aller Freiheiten werden wir nicht mehr Sicherheit gewinnen.“

„Alle denken an Sicherheit, indem sie so eine Fort Knox-Strategie fahren. Die denken, wenn sie eine große Burg bauen, die sicher ist, dann wird es schon nicht übernommen werden. Realität ist, dass die Hacker überall reinkommen und dass möglicherweise ganz andere Strategien erforderlich sind.“

„Ein zugegebenermaßen etwas martialisches Beispiel ist die grüne Ampel, die ist – quod erat demonstrandum – alles andere als risikofrei und dummerweise machen in jedem Jahr ein paar Menschen die Erfahrung, dass es nicht risikofrei ist. Trotzdem tun wir so, als wäre es risikofrei. Das ist sie nicht. Wir bauen Konventionen oder definieren Dinge und leiten aus der Lebenswahrscheinlichkeit ab, dass es in einer Vielzahl von Fällen risikofrei sein wird. Weil wir es so gestaltet haben, wohlwissend, dass dies keine absolute Garantie ist. Ich denke, wenn man diese Sichtweise auf die digitale Welt überträgt, dann soll es nicht bedeuten, dass wir dort immer Sicherheit erwarten können – das ist jetzt kein Aufruf zum nonchalanteren Umgang mit Risiken, sondern zu einem realistischen, zu einer realistischeren Einschätzung dessen, was erreichbar ist, wenn man von Risikofreiheit spricht.“

Sicherheit definiert sich daher über das allgemein akzeptierte Risiko für Gefahren – das häufig so bezeichnete „Grenzrisiko“. Sicherheit liegt aus Perspektive der Meinungsführer bestenfalls dann vor, wenn Systeme nicht durch bereits bekannte Gefahren Schaden nehmen. Ist dies erfüllt, kann von „hinreichender Sicherheit“ gesprochen werden.

Sicherheit im Internet als Herausforderung für Wirtschaft und Politik

Wie das Eingangskapitel zeigte, sehen die Meinungsführer ein großes Spektrum an Risiken im Internet, gleichzeitig gehen sie davon aus, dass die Nutzer über die meisten Sicherheitsproblematiken kaum etwas wissen. Dies ist insofern ein Dilemma, als sie – vor allem von Politik und Unternehmen – Sicherheit erwarten bzw. diese schlicht voraussetzen.

Die realen Risiken sind somit aus Sicht der Meinungsführer größer, als die Menschen glauben und sie sind weniger gut in den Griff zu bekommen, als die Menschen ahnen. Das Problem ist: Dies kann man ihnen nur schwer vermitteln, da man sonst wiederum Vertrauen in die eigenen Dienstleistungen verspielen würde.

Sicherheit muss daher kommunikativ relativiert werden, damit sie vom Nutzer nicht als Risiko- oder Schadensfreiheit missverstanden wird.

„Aber man sollte das Wort Sicherheit mit Bedacht wählen und sehr sorgfältig wählen, dass man keine Angriffsfläche bietet, dass einem dadurch quasi vorgeworfen wird, da hat er gelogen und das stimmt doch alles nicht und bla bla bla. [...] Und ganz vorsichtig mit Superlativen oder so was agieren. Ich glaube, gerade in diesem Bereich Vertrauen und Sicherheit ist eine sorgfältige Wortwahl ganz wichtig, dass man schlicht und ergreifend nicht die Gegner [...] oder ich sage mal die Hüter des wahren Begriffes Sicherheit auf den Plan ruft und gegen sich aufbringt.“

„Das Schwierige ist, dass Kommunikation für Sicherheitsmaßnahmen rein positiv mit Best Case noch nie funktioniert hat. Das ist auch die Erfahrung dieses Hauses. Wir können auch nicht dafür werben, sagen wir mal, dass man sich die Hände wäscht und desinfiziert, um die Verbreitung von Krankheiten irgendwie einzudämmen, ohne darauf hinzuweisen, dass wir eben solche Fälle haben und dass wir eben EHEC hatten und das. Und das ist leider so ähnlich bei der Sicherheit im Internet.“

Die öffentliche Diskussion über Sicherheit und Vertrauen – in Bezug auf die eigenen Möglichkeiten und die Erwartungen der Nutzer – wird als Konsequenz daher auch von verschiedenen Akteuren – insbesondere aus der Wirtschaft – dezidiert abgelehnt und als ideologisch überhöht bewertet.

„Ich glaube, dass das Thema Vertrauen und Sicherheit im Internet fürchterlich überstrapaziert wird. Und zwar insbesondere durch ein Tandem aus Medien und Politik, mit einer Prise kulturellem Sicherheitsbedürfnis der Deutschen. Also, das Thema Sicherheit und Vertrauen und Gefahren und Risiken ist Teil unserer kulturellen Identität. [...] Ich glaube, dass das ein Thema ist, dass aus diesem genannten Tandem heraus sehr stark zumindest konstruiert ist.“

Kaum ein Common Sense im Diskurs über Sicherheit im Internet?

Die Akteure unterscheiden sich in Abhängigkeit ihrer Selbstbilder und Handlungsfelder in den grundsätzlichen Haltungen und Zugangsweisen zum Thema Sicherheit. Wie in Kapitel 3 bereits skizziert, ...

- ... diskutieren die **Meinungsführer auf staatlicher Seite** vor allem die Bedeutung der Sicherheit des Internets als Teil der kritischen Infrastruktur. Sie verknüpfen die Sicherheitsfrage eng mit der Frage einer (Grund-)Regulierung des Netzes, warnen aber vor einer eingeschränkten Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Zuge zu starker Regulierung.
- ... thematisieren die **Meinungsführer auf Seiten der Wirtschaft** Sicherheit gleichermaßen als Geschäftsmodell und Innovationsbremse bzw. Kostenfaktor. Die Meinungsführer aus der Wirtschaft möchten Sicherheit mit Selbstverpflichtung nachkommen, um Regulierung zuvorkommen.
- ... warnen die **Meinungsführer auf Seiten der Zivilgesellschaft** am deutlichsten davor, dass Sicherheit im Internet zu Lasten von Freiheit geht.
- ... agieren **Meinungsführer in Medien und Wissenschaft** als flankierende Taktgeber, deren Beobachtungen zu diesem Themenfeld kaum aktiv aufgegriffen werden.

Daraus ergibt sich, dass der Begriff mit unterschiedlichen Assoziationen und entsprechenden Wertungen belegt wird, was sich auch in unterschiedlich ausgeprägten Handlungsabsichten niederschlägt.

In der Politik ist Sicherheit im Internet ein Thema, das unter Zugzwang setzt, bei dem die Reiseschwindigkeit nicht selbst bestimmt wird und bei dem man sich beim Abstecken des Sicherheitsumfangs der Gegenwehr der Wirtschaft und der Digital Natives sicher sein kann. Die Sicherheitsfrage ist für die Politik ein heikles Thema, da es häufig aus der Defensive („als Getriebene“) gestaltet werden muss und konträre Sicherheitsbedürfnisse ausbalanciert werden müssen. Sicherheit ist ein Dilemma-Thema, da Sicherheit zu Lasten von Freiheit gehen kann und wirtschaftliche Entwicklungen mutmaßlich ausbremst. Die Akteure in diesem Sektor sind – auch bedingt durch den Schutzauftrag –

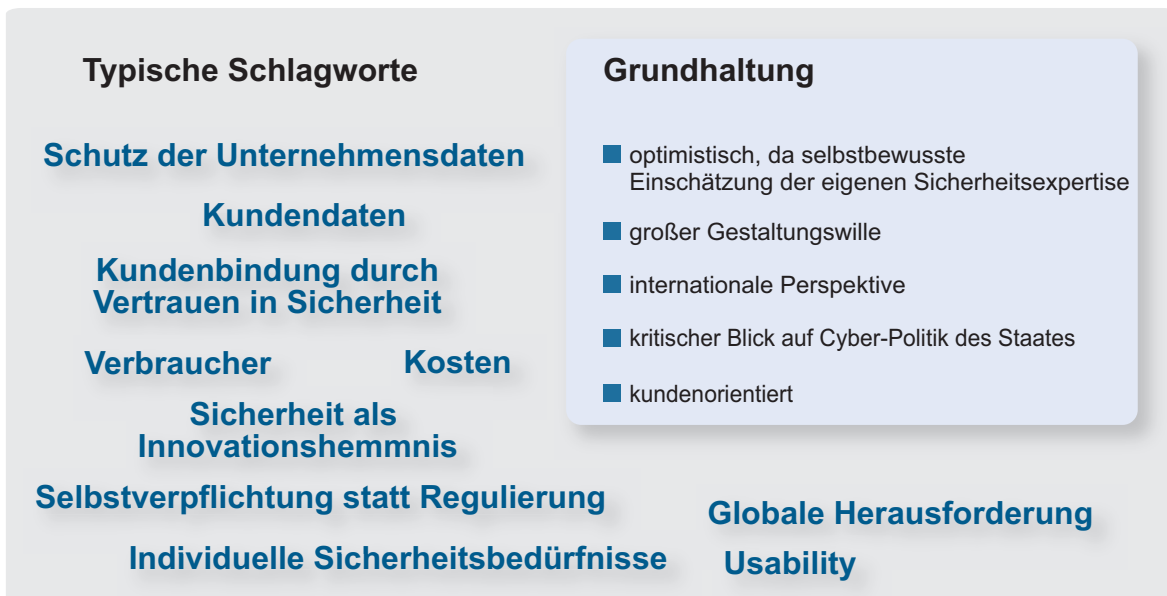
„risk-avoider“, Bewältigungsskepsis ist daher charakteristisch für den Sicherheitsdiskurs im öffentlichen Sektor, auch weil man sich eingesteht, von externen Experten abhängig zu sein.

Profil des Sicherheitsdiskurses bei Meinungsführern aus Politik und Öffentlichem Sektor



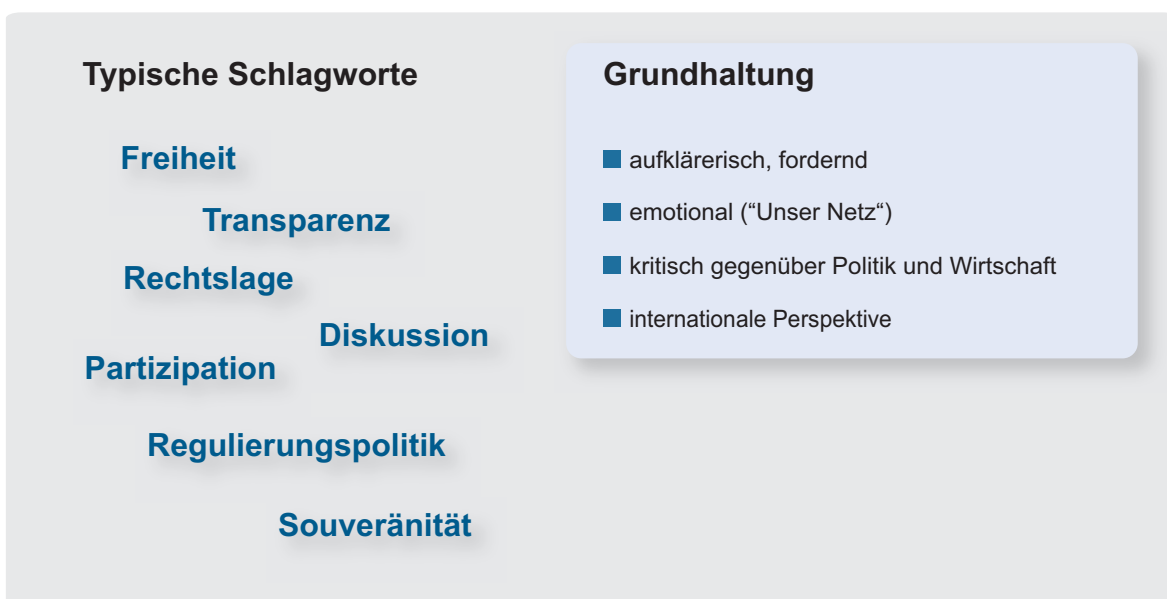
In der Wirtschaft sieht man sich als „risk-taker“, Treiber und Taktgeber von Innovationen. Trotz der Wahrnehmung, dass 100-prozentige Sicherheit eine Illusion ist, zeichnet sich der Sicherheitsdiskurs der Entscheider auf Seiten der Wirtschaft durch einen Bewältigungsoptimismus/-realismus aus. Man ist stärker als Politik und Verwaltung auf die Chancen fokussiert, die der Wunsch nach Sicherheit mit sich bringt. Man hält eine national begrenzte Regulierung für sinnlos und nimmt entsprechende Bemühungen der Politik dementsprechend scharf in die Kritik.

Profil des Sicherheitsdiskurses bei Meinungsführern aus der Wirtschaft



Die Vertreter der Zivilgesellschaft klinken sich in die Debatte um Sicherheit im Internet vor allem dann ein, wenn Aspekte wie Bildung, Teilhabe und demokratische Strukturen betroffen sind. Sie sehen Sicherheit sowohl als Bedrohung, wie auch als Bedingung von Freiheit für den Nutzer und wünschen daher eine Balance und kein überstürztes Vorgehen beispielsweise in Regulierungsfragen – und zunächst vor allem einen Diskurs aller Player auf Augenhöhe.

Profil des Sicherheitsdiskurses bei Meinungsführern aus der Zivilgesellschaft



Somit ist es schwierig, von der Internet-Sicherheit zu sprechen und auf Basis eines gemeinsamen Grundverständnisses Entscheidungen zu treffen.

Vor allem Vertreter der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft setzen sich mit der Komplexität des Begriffs genauer auseinander. Sie denken am ehesten in einer Sicherheitsarchitektur, in der sie die verschiedenen Ebenen separat und in ihren jeweiligen Beziehungen zu verstehen versuchen.

„Das ist ein ganz schwieriges Feld und deswegen hatte ich eingangs auch gesagt, ich halte gar nichts davon, von der Sicherheit des Internets zu sprechen, sondern das muss man wirklich in die einzelnen Dienste einteilen. E-Mail ist dann was anderes als diese Art von Online-Shopping – und selbst da muss man nochmal unterscheiden, für den Kauf größerer Güter, haben Sie andere Sicherheitsbedürfnisse.“

„Sicherheit ist ja in der Regel ein abgestufter Prozess. Jeder Sicherheitsexperte weiß, ich fange irgendwo bei der Physik an, also, wie kann ich in Gebäude überhaupt eintreten, wie habe ich Zugriffsmöglichkeiten auf IT-Systeme, wie werde ich hier entsprechend geschützt, wie ist dann das Netzwerk geschützt, wie ist das Betriebssystem, also der Host selber, geschützt, wie sind Applikationen geschützt und wie sind Daten an sich geschützt. Auf all diesen Ebenen haben wir entsprechende Schutzmaßnahmen etabliert.“

Sicherheit als „heißes Eisen“

Dass Sicherheit unterschiedlich verstanden und zum Teil recht diffus umrissen wird, hat nicht nur mit sektorenspezifischen Aufgabenfeldern und persönlichen Kompetenzen zu tun, sondern auch mit bewusster Vorsicht. Warum ist das so?

Die Gespräche haben gezeigt, dass Sicherheit ein sensibles Thema ist. Die Art und Weise, wie jemand Sicherheit versteht, welche entsprechenden Vorstellungen und Lösungsansätze er hieraus entwickelt, wird von anderen Meinungsführern – zumindest im Kontext Netzpolitik – offenbar als Indikator für eine zugrundeliegende Haltung dem Internet und der Gesellschaft gegenüber gelesen.

Wer dem Thema Sicherheit weniger Bedeutung beimisst, wird von anderen als fahrlässig, unverantwortlich und egoistisch eingeordnet. Wer „viel Sicherheit“ anstrebt, dem wird von anderen hingegen Kontrolle, Überfürsorge und Regulierungswut vorgeworfen.

Nicht selten werden hierbei auch grundlegende ideologische Diskurse aufs Tapet gebracht.

„Ich bin kein Kommunist, aber ich finde schon, dass es ein Problem ist, dass immer mit allem Geld verdient werden muss.“

„Wir leben in einem wirtschaftsfeindlichen Klima, in dem man sich rechtfertigen muss, wenn man Geld verdient.“

Noch einen Schritt weiter geht es bei der sich logisch daran anschließenden Frage, wer denn nun Verantwortung für die mutmaßlichen Herausforderungen im Netz übernehmen kann und soll.

Verantwortung als „Schwarzer Peter“

Verantwortung ist kein Begriff, der von den Meinungsführern aktiv verwendet wird. Er wird auffallend problemorientiert behandelt, d.h. es wird kaum eine positive Vision von Verantwortung hinsichtlich Sicherheit im Internet erkennbar – Verantwortung für Sicherheit im Netz ist keine Tugend, mit der man sich schmückt. Verantwortung ist eher der „Schwarze Peter“, den man gern weiterreicht, denn er ist offenbar vornehmlich verbunden mit der Bewältigung von Problemen vor allem mit der Beseitigung von Schäden und dem Tragen von Kosten.

Die eigenen Verantwortungsbereiche werden daher so eng wie möglich umrissen und auf die Bereiche konzentriert, die Reputation versprechen (sei es in Bezug auf Wählerstimmen oder Geschäftserfolg). Allerdings gibt es auch erste Akteure (vornehmlich aus der Wirtschaft), die beginnen, das Thema Verantwortung in ihre Geschäftsstrategie einzubauen.

„Eigentlich ist Medienkompetenz ja Aufgabe des Staates, aber wenn die das nicht machen, entwickeln wir halt Materialien und verteilen die in den Schulen.“

Wie Verantwortung tatsächlich verteilt wird und welche Lösungen die Entscheider vorschlagen, zeigt das folgende Kapitel.

5.
OSI Layer 8:
Verantwortlich und Träger aller Risiken
ist der Nutzer

KONSEQUENZEN
MEDIENKOMPETENZ
AUFKLÄRUNG

KONSUMENT
BÜRGER
HILFE
DELEGATION
VERTRAUENSDEFIZIT
EIGENVERANTWORTUNG
FREIHEIT
KONTROLLE

VERANTWORTUNG

RECHTSRAHMEN
SCHUTZBEDARF
ANWENDER
NUTZER
ERROR-40
BÜRGERPFLICHT

5. OSI Layer 8: Verantwortlich und Träger aller Risiken ist der Nutzer

Auch wenn die Entscheider hinsichtlich proaktiver Verantwortungsübernahme zurückhaltend reagieren, sich für viele Bereiche geradezu entpflichtet fühlen, bleibt die Frage offen, wie sich Verantwortung für Sicherheit im Internet gemeinsam gestalten lässt. Bei aller wechselseitigen Delegation findet sich dennoch ein Basis-Konsens: Am Ende ist immer der Nutzer selbst verantwortlich.

„Ich würde da ganz stark für Eigenverantwortung plädieren, denn in dem Moment, in dem ich um Fremdverantwortung bitte, in dem ich sage, lieber Staat, beschütze mich vor dem Internet, muss ich dem Staat wiederum so viel Kontrolle über meinen privaten Rechner überlassen, bzw. muss wiederum so viel Freiheit aufgeben für in meinen Augen nur vermeintliche Sicherheit, dass ich davon nicht viel habe.“

Letztendlich sind es vor allem das Verhalten und die individuellen Entscheidungen des Nutzers, die maßgeblich bestimmen, ob er oder sie sich sicher im Internet bewegt oder nicht. Die Anwender sind somit selbst ihr größtes Sicherheitsrisiko. Es ist nicht überraschend, dass ihnen in diesem Zusammenhang auch ein hohes Maß an Naivität unterstellt wird.

„Das meiste ist halt ERROR-40. Kennen Sie nicht? [...] Na, Fehler 40. Das heißt, der Fehler sitzt 40 cm vor dem Monitor.“

„Wenn ich gerade schon von Datenschutz rede, muss ich auch ganz klar sagen, die Naivität bei vielen Nutzern, was den wirtschaftlichen Mechanismus dahinter angeht, ist auch extrem groß. Viele Nutzer fragen sich halt nicht, warum bezahle ich hier kein Geld?“

„Die Nachlässigkeit der Leute, dass Sicherheitskosten manchmal nerven, dass es umständlich ist und so. Man ist leichtgläubig, und, und, und, man ist neugierig, man möchte was ausprobieren. Und dann ist man als Nutzer immer gern geneigt, irgendwelche Dinge zu tun, die nicht ganz glücklich sind. Und na ja, es gibt in der Informatik so ein Schichtenmodell, das ist ja auch aus dem Internet bekannt, das siebenschichtige ISO/OSI-Modell, ist ganz technisch eigentlich von der Hardware bis zu irgendwelchen Anwendungssoftwareebenen, das ist die 7. Schicht, und dann sagt man immer, das größte Problem ist aber die Schicht 8, und das ist dann der Mensch.“

Die Meinungsführer sind sich daher einig, dass der Nutzer im Internet ein großes Maß an Eigenverantwortung tragen muss. Unklar ist allerdings, wie weit der Eigenverantwortungsbereich des Nutzers genau reicht, bzw. reichen soll. Einerseits soll er Verantwortung übernehmen für das, was er allein kontrollieren kann. Gleichzeitig wird aber auch betont, dass der Nutzer fast nichts weiß, weder was er kontrollieren kann noch wie.

Empfehlung an den Nutzer: Sich technisch absichern und klug verhalten!

Der Nutzer soll zunächst für alles Verantwortung tragen, das „zumutbar“ ist. Als Referenz wird vornehmlich das Autofahren bzw. der Straßenverkehr herangezogen, denn hier muss man auch bestimmtes Grundwissen haben und sich an Regeln halten, darf aber gleichzeitig vom Hersteller ein Mindestmaß an Grundsicherung erwarten (z.B. technische Funktionsfähigkeit).

„Genauso wie Menschen, wenn sie über die Straße gehen, nach links und rechts gucken müssen, um sicherzustellen, dass sie nicht von einem Auto überfahren werden, ist es auch ihre Aufgabe, sich kundig zu machen, bevor sie im Internet Geschäfte machen.“

„Wenn Sie betrunken mit dem Auto gegen eine Laterne fahren, dann tragen Sie auch die Verantwortung und können nicht sagen: 'Tschuldigung, ich bin doch nur der Endnutzer von Opel.'“

Demnach gibt es auch im Internet bestimmte Bürgerpflichten, ein grundlegendes Rechts- und Unrechtsbewusstsein der Bürger wird vorausgesetzt oder zumindest überhaupt irgendein Bewusstsein:

„Im Grunde genommen sind Risiken immer nur mangelndes Bewusstsein. Sobald Bewusstsein dafür da ist, dann verhält man sich auch entsprechend. Das Risiko ist eigentlich immer in der Nutzung. Z.B. wenn man eine E-Mail öffnet und da ist ein Anhang drin und man sagt aus Bequemlichkeit, Anhänge immer sofort öffnen und ausführen, dann hat man den Virus sofort auf der Platte. Also man muss sich bewusst sein, wie man das Internet nutzt. Und wenn man das hat, gibt es keine Unsicherheit im Internet.“

Häufig bezieht sich die Zuschreibung von Verantwortung dabei auf Allgemeinplätze. Vor allem die Privatsphäre-Einstellungen in sozialen Netzwerken und die eigene Selbstdarstellung im Netz gelten als Angelegenheiten, die die Nutzer mit „gesundem Menschenverstand“ regeln können sollten („man muss eben wissen, welche Fotos man von sich auf Facebook einstellt“). Darüber hinaus betrifft dies die Ausstattung mit Sicherheitssoftware und den Umgang mit persönlichen, sensiblen Daten (z.B. TAN-Listen). Äquivalente sind aus Sicht der Entscheider beispielsweise, dass man zwar nicht wissen muss, wie ein Auto funktioniert, jedoch durchaus weiß, dass man ein Auto tanken muss und zur Werkstatt fährt, wenn ein rotes Lämpchen blinkt, das man nicht kennt. Zudem wird die aktive Informationssuche seitens der Nutzer eingefordert, sobald Unsicherheit existiert.

„Letztendlich ist jeder dafür verantwortlich, was er tut. Wenn ich Social Networks nutze, bin ich dafür verantwortlich. Natürlich kann ich immer versuchen, mich darüber rauszureden, deren Regeln sind intransparent, aber letztendlich bin ich dafür verantwortlich, dass ich da auf die Seite gehe, wo die Regeln drinstehen, und die Policy kritisch hinterfrage. Und wenn mir das zu blöd ist, das alles durchzulesen, dann muss ich mir Informationen eben anderswo besorgen.“

„Also das lässt sich sagen, wie weit das reicht: Der eigenverantwortliche Nutzer muss sicherstellen, dass er nicht seine TANs irgendwo eingibt, er muss sicherstellen, dass sein Virenschutz funktioniert, was ihn auch nicht immer davor bewahrt, sich irgendwie doch was einzufangen, [überlegt einige Zeit] und er muss, indem er sich entsprechend vorsichtig verhält, eben sicherstellen, dass er a) nicht im Internet irgendwas sieht, was er nicht sehen will und b) ihm nicht irgendwelche Dinge zustoßen, die er nicht will. So, das ist es dann auch schon.“

Sicherheit ist somit aus Sicht der Meinungsführer etwas, für das der Nutzer zunächst eine Bringschuld hat. Das heißt, Eigenverantwortung wird nicht unmittelbar an Fremdverantwortung gekoppelt, z.B. in Form eines gegenseitigen Agreements, wer für welche Aspekte von Sicherheit tatsächlich in Haftung genommen werden kann und wo die Grenze der Eigenverantwortung verläuft.

Vertrauen beginnt dort, wo Eigenverantwortung aufhört

Dennoch wird eingeräumt, dass der Nutzer allerdings nicht alles überschauen kann und seiner zumutbaren Kontrollfähigkeit Grenzen gesetzt sind. Vor allem Vertreter der Zivilgesellschaft und teilweise die Politik nehmen die Nutzer in Schutz. So ist es aus ihrer Sicht z.B. nicht möglich, die tatsächlichen Konsequenzen der Datennutzung durch Anbieter oder auch die mögliche Einwirkung Dritter einzuschätzen. Dies betrifft auch die Tatsache, dass der Wert persönlicher Daten erst durch ihre Kombination und Kontextualisierung (d.h. durch die Profilbildung) entsteht. Wo genau aber nun die Grenze zwischen Eigenverantwortung und Fremdverantwortung verläuft, scheint innerhalb der Meinungsführerlandschaft noch nicht geklärt zu sein.

„Also, Eigenverantwortung ja, die Frage ist, wo setze ich da die Grenze. Und ich glaube, die Grenze ist völlig unklar im Moment. Sicherlich in gewissen Urteilen festgelegt. Das nutzt im Moment aber wenig in der Praxis.“

Als Lösung aus dem Verantwortungs-Dilemma wird Vertrauen als ein übergeordnetes, aber gleichsam relativierendes Ordnungsprinzip herangezogen. Nahezu alle Entscheider greifen auf diesen Begriff zurück, wenn es darum geht, das Spannungsverhältnis von Sicherheit und Verantwortung zu lösen und die Interaktionen zwischen Nutzern und Anbietern für das eigene Handlungsfeld zu verstehen.

„Eigentlich würde, glaube ich, jetzt jeder sagen: jeder ist natürlich selber in der Verantwortung. Aber ich glaube, das ist eine Überforderung des Einzelnen. Also als Proklamation wird das, glaube ich, jeder unterschreiben. Ich bin auch für meine eigene Sicherheit im Netz verantwortlich, aber ich kann einfach nicht alles wissen. Und ich muss auch ein Stück weit Anderen vertrauen.“

„Das ganze Internet funktioniert nur, wenn ich entweder ein Grundvertrauen habe oder auch Blauäugigkeit, das kann man jetzt sehen wie man will. [...] Kontrollieren kann ich es gar nicht.“

Wo aber hört gesundes Vertrauen auf und fängt Blauäugigkeit an? Einerseits wird ein Basiswissen vorausgesetzt (s.o.), d.h. eine Handlungskompetenz, ohne die man sich dem Netz nicht nähern sollte. Andererseits soll man sich auf sein Gefühl verlassen und solange das tun, was man möchte, bis man schlechte Erfahrungen gesammelt hat.

„Man sollte vertrauen, solange eben der andere einen nicht übers Ohr haut.“

„Die Default-Einstellung beim Menschen ist ja im frühen Kindesalter eigentlich noch Vertrauen, er hat wenig schlechte Erfahrungen gemacht, am Anfang ist die Frage also: Warum soll ich dem nicht vertrauen? Und das ändert sich dann. Spätestens wenn mir das dritte Mal ein Kind im Kindergarten mit der Schaufel auf die Fresse gehauen hat, dann überlege ich mir, ob ich dem jetzt vertraue und mein Gesicht in seine Nähe halte, wenn der eine Schaufel in der Hand hat. Und da muss man seinen Weg finden, auch im Netz.“

Vertrauen wird somit als variable Größe aufgefasst, von der ich nicht zu viel und nicht zu wenig einsetzen darf. Nur so ist ein souveräner und sicherer Umgang mit dem Internet zu erreichen.

„Beides. Sie [die Nutzer] haben zu viel und zu wenig Vertrauen. Teilweise fehlt das Vertrauen und führt dazu, dass eben weniger E-Commerce stattfindet. An anderen Stellen haben die Nutzer allerdings auch zu viel Vertrauen und fallen dann auf betrügerische Anbieter rein.“

Die vorausgehende Aussage zeigt aber auch, wie sehr die Entscheider auf das Vertrauen der Nutzer angewiesen sind. Der Nutzer muss dem Anbieter vertrauen, da sonst das eigene Geschäftsmodell, vielmehr das Internet selbst, nicht funktioniert. Vertrauen ist somit gleichsam Lösung wie auch Problem.

Vertrauen als Leitwährung im Internet

Vertrauen ist aus Meinungsführersicht die Leitwährung im Internet. Sie ist sowohl Eintrittstor wie auch immer wieder eingesetztes Kapital, das einem Anbieter im Internet als Vorschuss gewährt wird, das er akkumuliert, aber auch wieder verlieren kann, wenn er sich aus der Perspektive der Nutzer nicht richtig verhält. Kein Unternehmen kann am Markt bestehen, ohne sich dauerhaft das Vertrauen der Kunden zu erhalten. Aber auch der Staat braucht das Vertrauen der Bürger, um handlungsfähig zu sein – gerade auch im Bereich onlinebezogener Dienstleistungen und der Verwaltung persönlicher Daten.

Vertrauensdefizite sind daher Auslöser von Aktivität, sei es in Bezug auf eine Verbesserung der Sicherheitsstandards, wenn Nutzer bestimmte Angebote nicht mehr wahrnehmen oder in Form von (Gesetzes-)Initiativen, die bürgerrelevante Themen bezüglich Internet auf die Agenda setzen (z.B. mögliche Sperren für Websites mit Kinderpornographie oder ein Einklinken in die Urheberrechtsdebatte).

Auch wenn Vertrauen offenbar eine subjektive Einschätzung, ein Gefühl ist, setzen die Meinungsführer überwiegend auf rationale Maßnahmen zur Vertrauensbildung. Hierzu gehören (a) technische Sicherheitsstandards, (b) Transparenz im Handeln und (c) die Förderung von Bildung für eine verbesserte Medienkompetenz.

- a) **Die Entwicklung von Sicherheitskonzepten zur Eindämmung potenzieller infrastruktureller Risiken** (wie z.B. Kompromittierung der IT-Systeme, Datenverlust, Hacker-Angriffe), wird in Bezug auf vertrauensbildende Maßnahmen zumeist als erstes genannt:

„Natürlich muss es sichergestellt sein, genau wie bei Banken oder wo man ähnliche Wege geht, dass es klar ist, dass es geschlossene Verbindungen sind, dass niemand an diese PINs, an diese Kundendaten drankommt. Das heißt, für uns wäre fatal, wenn unsere Kundendaten – möglicherweise sogar verbunden mit Kontonummern oder Ähnlichem – jemals irgendwo gefunden werden könnten. So was würde bei uns das Vertrauen der Bevölkerung in unser Angebot so zerstören, dass es für uns existenziell wäre. Insofern sind das für uns ganz übergeordnete Kriterien.“

„Und in den Prozessen dahinter ist Vertrauen extrem wichtig, weil sensible Kundendaten natürlich entsprechend gespeichert werden müssen, verarbeitet werden müssen und jeder Kunde, ob das jetzt der Businesskunde von Google ist oder der Endkunde, erwartet, dass die Daten entsprechend gesichert werden und entsprechend nicht weiterverbreitet werden.“

- b) Des Weiteren wird auf **Transparenz im Umgang mit Daten** gesetzt. Das heißt, wenn man Funktionsweisen erklärt und auch mögliche Störfallszenarien darstellt (also dezidiert keine 100%ige Sicherheit im Sinne von Schadensfreiheit verspricht), erhöht sich das Vertrauen seitens des Nutzers.

„Vertrauen schafft immer, etwas zu erklären. Das halte ich für ganz wichtig. Also immer zu erklären, Ihre Daten werden hier bei uns folgendermaßen verwaltet und wir haben die und die technischen Vorkehrungen getroffen, damit nichts passiert. Und wenn was passiert, dann passiert das und das.“

„Also Vertrauen in Institutionen, in Regeln, in Konformitätsbestätigungen oder Ähnliches ist die Voraussetzung dafür, dass sich bei den Internet-Nutzern so ein Sicherheitsgefühl einstellt.“

Die Meinungsführer gehen davon aus, dass einzelne Merkmale und Maßnahmen auf das Vertrauenskonto einzahlen und sich letztlich in der Reputation eines Unternehmens oder der Organisation niederschlagen.

„Die ganze Sicherheit im Internet baut darauf, dass es hinreichend viele Vertrauensanker gibt, dass z.B. ein großes Unternehmen, was irgendwie eine bekannte Marke hat, dadurch als vertrauenswürdig angesehen wird und natürlich auch was zu verlieren hat und deshalb auch viel tut, um das Vertrauen zu erhalten.“

Vor allem Vertretern der Zivilgesellschaft und der Medien gehen diese „Eigenbeteuerungen“ von Transparenz nicht weit genug. Sie möchten keine „Transparenzblasen“, sondern fordern, konkrete Interaktionssituationen zwischen Anbieter und Nutzer wechselseitig zu klären und explizit zu machen („Unternehmen müssen dem Kunden ersichtlich machen, womit sie ihr Geld verdienen“). Eine Transparenz der Handlungsabsichten und Verarbeitungsprozesse von Anbietern, eine Selbstverpflichtung in festgelegten Grenzen sowie verbindliche Enforcement-Mechanismen sind notwendige Voraussetzungen dafür, dass der Nutzer überhaupt eigenverantwortlich handeln kann.

„Und ich fände das tatsächlich auch eine sehr schöne Geschichte, wenn das unterstützt werden könnte, dass man schlicht und einfach als Betreiber auch Auskunft darüber geben muss, was das jetzt eigentlich monetär wert wäre und ob man den Betrag nicht lieber bezahlen möchte.“

- c) Schließlich wird **Aufklärung über Risiken im Internet und die Förderung der Medienkompetenz**, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, als wesentliches Mittel zur Vertrauensbildung gesehen. Vertrauen umfasst also auch Vertrauen in das eigene Handeln, um anderen wiederum vertrauen zu können bzw. Vertrauensindikatoren richtig einschätzen zu können. Diesbezüglich herrscht Einigkeit unter den Entscheidern, unklar ist dabei nur, wer für diese Aufgabe verantwortlich ist. Der Staat sieht sich in der Pflicht, Rahmenbedingungen zu definieren (z.B. Curricula in der Schule), kommt aber aus Sicht der anderen Akteure diesem Anspruch nicht ausreichend nach.

„Es ist aber, glaube ich, auch eine politisch-gesellschaftliche Verantwortung, auf die Missbrauchsmöglichkeiten hinzuweisen. In der Bildung in Kindergärten, Grundschulen, Schulen bis hin zu Universitäten. Ich denke, es gibt heute keinen Berufszweig mehr, der nicht ein Grundwissen von Technologie und Sicherheit haben muss.“

„Da sollte aus meiner Sicht sogar die Schule eine Aufgabe übernehmen in der Zukunft. Es ist jetzt nicht so, dass es da ein Fach Internet oder so etwas geben sollte, aber es sollte irgendwo im Curriculum mit eingeführt werden. Und ich denke, es sollte auch Aufklärungsveranstaltungen geben. Auch die Medien haben da eine gewisse Aufgabe, gerade die öffentlich-rechtlichen, in der Aufklärung der Bürger.“

Interessanterweise geben die Entscheider kaum Hinweise darauf, wie effektiv diese Maßnahmen zur Vertrauensbildung im Kontext der Internet-Nutzung tatsächlich sind. Keiner stellt die Frage, ob die eigenen Vertrauenskonzepte mit denen der Nutzer überhaupt deckungsgleich sind.

Vertrauen ohne Sicherheit? Der mutmaßliche Rechtsrahmen als Fallback-Strategie

Gehen Aufklärung und Transparenz von Unternehmen und Behörden tatsächlich als Aktivposten in die persönliche Vertrauensbilanz ein? Summiert der Nutzer wirklich einzelne Sicherheitsmaßnahmen zu einem übergeordneten ganzheitlichen Gefühl auf, das dazu führt, einem Angebot trauen zu können? Und wie viel will er eigentlich überhaupt wissen (müssen)?

Im Alltag – und auch in der DIVSI Milieu-Studie* – zeigt sich, dass das konkrete Internet-Verhalten nicht unbedingt aus einem übergeordneten persönlichen Sicherheitskonzept zu erklären ist, d.h. Menschen verhalten sich nicht immer rational bzw. vernünftig und schon gar nicht konsistent. Zum einen hängt dies von den jeweiligen milieuspezifischen Grundhaltungen ab (z.B. die in der DIVSI Milieu-Studie identifizierten „Unbekümmerten Hedonisten“ vs. die „Verantwortungsbedachten Etablierten“), zum anderen kommt intuitives Handeln immer dort zum Tragen, wo sich aufgrund zu hoher Komplexität eine Situation rational nicht mehr überblicken und analysieren lässt, wie dies im Kontext Internetsicherheit bei vielen Nutzern der Fall ist. Daher erscheint z.B. soziale Rückkopplung (à la „über 900 Millionen Nutzer können nicht irren“) für das Internetverhalten vieler Nutzer relevanter als die Anbieter-Aussage „Ihre Daten sind sicher“.

„Vertrauen ist eine ganz wichtige Sache im Internet, weil ich die wenigsten, mit denen ich im Internet interagiere, wirklich kenne. Das sieht man ja speziell bei sozialen Netzwerken. Da hat man 600 Freunde, die natürlich nicht wirklich Freunde sind. Also viele von denen kennt man wahrscheinlich überhaupt nicht. Die kennt man irgendwie über Dritte. Also da ist immer die Frage, wenn ich persönliche Informationen von mir preisgebe, vertraue ich denen, dass die damit kein Schindluder treiben. Also Vertrauen, auch ohne genau zu prüfen, ist eine ganz wichtige Sache im Internet.“

Vertrauensindikatoren scheinen aus Nutzerperspektive vor allem intuitiv und quantitativ zu sein, wie dies auch das gängige Netz-Vokabular widerspiegelt („250 Leuten gefällt das“; „wer das gekauft hat, hat sich auch hierfür interessiert“). Ob ich ein Angebot tatsächlich nutze, ist also nicht unbedingt eine bewusste Entscheidung für ein Angebot, sondern ein Pragmatismus: Weniger ein Ausschauen und Prüfen als vielmehr ein Mitmachen und Dabeisein.

„Das ist der Herdentrieb, ganz banal. Wenn es viele machen und es geht nichts schief, kann es eigentlich nicht so verkehrt sein.“

Wichtiger und zielführender als ein rationales Abwägen von Chancen und Risiken ist für den Nutzer demnach das Vertrauen in das eigene „Gefühl“. Interessanterweise flankieren bzw. kontrastieren einige Entscheider die eingangs aufgelisteten Vertrauensmaßnahmen mit dem persönlichen Internetverhalten, das auch eher auf das Mitschwimmen im „Common Sense“ rekurriert als auf einen reflektierten Abwägungsprozess.

* Vgl.: DIVSI Milieu-Studie unter www.divsi.de/publikationen

„Wenn man sich sein eigenes Online-Verhalten anguckt – und ich bin da sicherlich nicht repräsentativ, weil ich mich sicherlich überdurchschnittlich viel im Internet bewege und mich auch in ganz unterschiedlichen Kontexten bewege, aber Eigenverantwortung spielt eine enorm hohe Rolle, wenn nicht sogar die wichtigste. Eigenverantwortung und Common Sense, sich einfach auf sein eigenes Gefühl zu verlassen. Das ist so wie überall sonst auch.“

Schließlich bleibt die Frage, ob ein rein intuitives Vertrauen tatsächlich „freischwebend“ ist und sich nur auf ein Gefühl stützt, dass schon nichts passieren wird, weil auch den vielen anderen Nutzern nichts passiert. Die DIVSI Milieu-Studie hat gezeigt, dass 74 Prozent der Deutschen den Staat und auch die Unternehmen in der Verantwortung sehen, für Sicherheit im Netz zu sorgen. Und: Sie vertrauen zu einem nicht unerheblichen Teil darauf, dass der Staat im Falle eines Betrugs entsprechend einschreitet bzw. Unternehmen eine Haftung übernehmen.

Sie setzen somit insgeheim darauf, dass es – auch in ihrer Sicht – „gerecht“ zugeht, und dass vor allem der Staat am Ende seine Schutzfunktion erfüllt, und sind verwundert, dass sie verwundbar sind.

„Wenn ich das dann mal erzähle in einer Schule, was man alles über sie im Internet finden kann, dann sagen die immer zu mir: Aber das müsste doch verboten werden.“

Die aktuellen Debatten rund um die Facebook-Massen-Partys zeigen ebenso, dass manche Nutzer sich so sicher im Netz fühlen, dass sie darauf vertrauen, dass die Stadt am Ende die Kosten für die polizeiliche Schadensbeseitigung übernimmt – was sie ja aktuell auch meistens macht.

„Fact Checking wird sehr wenig betrieben von Verbrauchern. [...] Das heißt, ich habe eigentlich ein blindes Vertrauen. Aber das blinde Vertrauen kann ich nur deshalb haben, weil ich glaube, dass es einen Rechtsrahmen gibt, der mich schützt.“

Vertrauen in Online-Dienste ist somit nicht automatisch mit Risikofreude und Bereitschaft zu möglicher Schadensbeseitigung verbunden, sondern enthält eine implizite Fallback-Strategie, indem davon ausgegangen wird, dass am Ende schon jemand anders die Verantwortung übernehmen wird. Wer das sein soll, bleibt dabei offen.

6.

Fazit – Vier Thesen zur aktuellen Situation im Netz-Diskurs

NETZ
EINFLUSS
OFFLINE
ZUKUNFT
VERTRAUEN
VERANTWORTUNG
PARADIGMENWECHSEL
ZIVILGESELLSCHAFT
VERWALTUNG
ONLINE
POLITIK
MEDIEN
INTERNET
MACHT
UNENDLICHKEIT
WIRTSCHAFT
VISION
AKTEURE
SICHERHEIT
WISSENSCHAFT

6. Fazit – Vier Thesen zur aktuellen Situation im Netz-Diskurs

Keiner ist mehr offline – Leben ohne Internet ist eine Illusion

Alle Meinungsführer betonen, dass das Internet in immer mehr Lebensbereichen an Bedeutung gewinnt und sich Online- und Offline-Sphären dabei zunehmend durchdringen, so dass man diese beiden „Zustände“ immer weniger voneinander unterscheiden kann.

In diesem Zusammenhang erscheint es durchaus plausibel, dass viele Akteure das Problem digitaler Gräben nicht als Herausforderung sehen, sondern als eine Situation, die sich von allein auflöst. Dies geschieht aber nicht etwa durch die demographische Entwicklung oder eine digitale Bildungsexplosion, sondern durch die Tatsache, dass die Menschen schon in kurzer Zeit nicht mehr „ins Internet“ gehen (müssen), weil die meisten Alltagshandlungen ohnehin online gesteuert sind und die Tatsache, online zu sein, immer weniger bedeutet, einen Computer hochzufahren und sich irgendwo einzuwählen.

„Also wer glaubt, dass er wirklich 100 Prozent offline wäre, ist genauso bekloppt wie jemand, der glaubt, dass er 100 Prozent online wäre.“

Online zu sein wird demnach zu einer Selbstverständlichkeit und ist keine Aktivität oder Zustandsbeschreibung mehr, so wie man auch nicht bewusst „im Stromnetz“ ist oder „die Wasserleitung benutzt“ – es ist ein System, das im Hintergrund schnurrt und nur auffällt, wenn es ausfällt. Den Menschen ist entsprechend kaum bewusst, wie weitreichend sie eigentlich digitalisiert sind.

„Die Leute glauben, dass sie nichts damit zu schaffen hätten, und dann erklärt man ihnen mal ganz kurz, dass sie ein Handy haben und dass das ein kleiner Computer ist, der ihre Sprache digitalisiert und sie auf der anderen Seite digital wieder zurückgewandelt wird in analogen Schall, damit sie damit überhaupt was zu hören kriegen, und dann sind sie ganz erstaunt und sagen huch, ich habe so was Digitales?“

Die Internet-„Nutzung“ selbst wird somit zunehmend unsichtbar, da sie immer weniger als Mensch-Maschine-Kommunikation erfolgt, sondern auf untereinander vernetzte Geräte zurückgegriffen wird. Im „Internet der Dinge“ wird vermeintlich nur ein Auto gestartet, aber in Wirklichkeit der Bordcomputer angeworfen.

Die Verantwortung bleibt beim Nutzer hängen – keiner will sie ihm abnehmen

Die Gespräche mit Meinungsführern aus Politik/Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft haben gezeigt, wie facettenreich, konfliktgeladen und leidenschaftlich die Chancen und Risiken des Internets debattiert werden. Dabei geht es nicht nur um konkret zu verhandelnde Positionen, sondern häufig zunächst einmal darum, eine gemeinsame Sprache zu finden und miteinander „auf Augenhöhe“ zu diskutieren. Der Diskurs ist teilweise gelähmt durch gegenseitig unterstellte mangelnde Kompetenzen und jeweils eigene Priorisierungen und Ziele; gleichzeitig wird ein enormer Zeitdruck empfunden, Verantwortlichkeiten verbindlich zu verteilen, um die bestehende Pattsituation aufzulösen. Eine Gesamtverantwortung für „das Internet“ wird strukturell weder als möglich betrachtet noch gewollt. Die Lösung besteht somit darin, die Verantwortung zu großen Teilen an den Nutzer weiter zu reichen. Zwar wird betont, dass es Grenzen der Eigenverantwortung gibt; wo diese aber beginnen, verbleibt im Unklaren und ist Teil der „Verhandlungsmasse“ im aktuellen Netz-Diskurs.

Die Politik sieht ihre Aufgabe in der Schaffung eines Rechtsrahmens, um eben diese Verantwortungsverteilung zu definieren, nimmt aber ein Umsetzungsproblem aufgrund der aktuellen „Kräfteverhältnisse“ (Unternehmen vs. Politik) und der begrenzten lokalen Reichweite von Entscheidungen wahr. Zudem ist sie den Geschwindigkeiten der analogen Demokratie unterworfen.

Die Macht liegt bei den Machern: Marktführende Unternehmen prägen die Verhaltensregeln

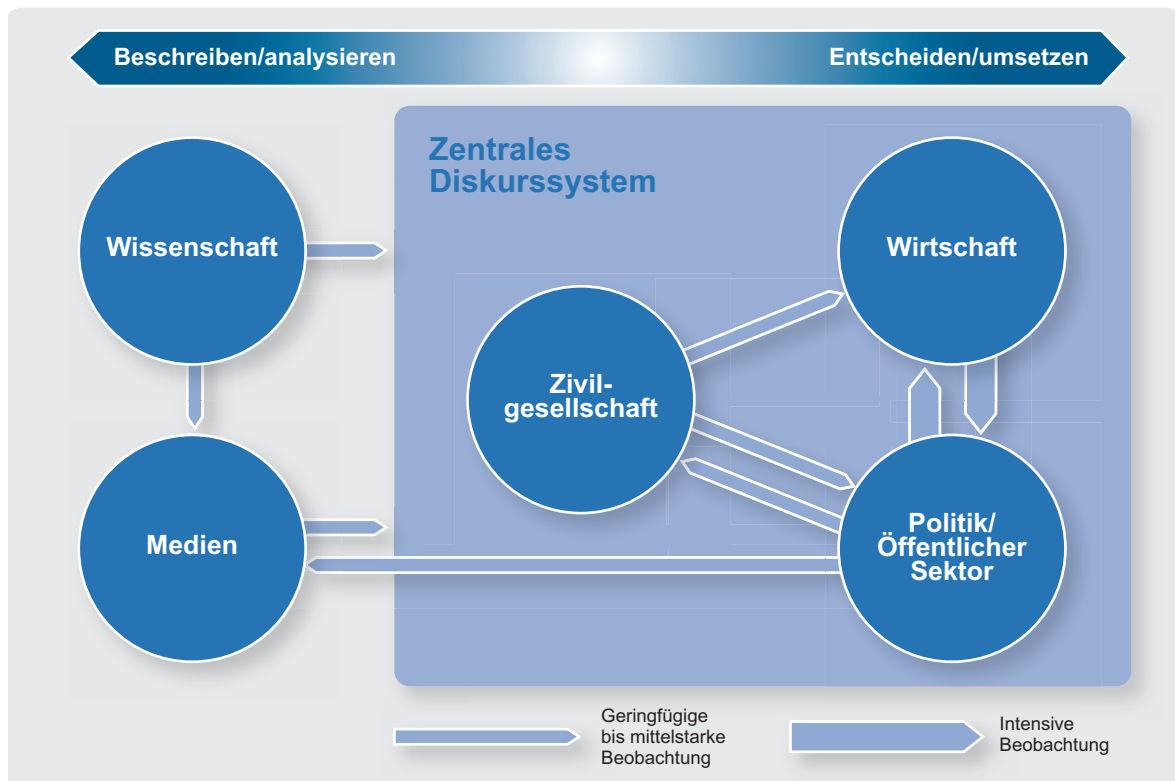
Nahezu alle Meinungsführer aus Politik/Verwaltung, Medien, Zivilgesellschaft und Wissenschaft sehen privatwirtschaftliche Unternehmen klar als Treiber aktueller Entwicklungen im Netz. Unternehmen sind damit nicht nur Akteure, die Angebote bereitstellen, sondern auch diejenigen, die die Regeln bestimmen und kontinuierlich verändern. Dies wird zunehmend relevant, da immer mehr Bereiche onlinebasiert sind und verschiedene Anbieter zu Infrastrukturdienstleistern werden, zu denen es kaum noch Alternativen gibt. Auffallend ist hierbei, dass fast alle Meinungsführer aus diesen Sektoren eine deutliche Konzentration auf nur wenige globale Player wahrnehmen, die das Netz „unter sich aufgeteilt haben“. Das heißt, es wird klar unterschieden zwischen Wirtschaft in der Gesamtheit und „den ganz großen Vier“.

„Wir gehen jetzt in eine ganz neue Stufe, wo wir uns in einer Infrastruktur bewegen, die White-Male-Western-American-Silicon-Valley-dominated ist, und keiner diskutiert das. Es gibt kein einziges europäisches Unternehmen, was wirklich da mitspielt. Es sind nur die vier und die sitzen da an einem Spot und machen das Netz.“

Meinungsführer aus der Wirtschaft betonen hingegen die „Macht des Konsumenten“, ohne die sie gar nicht erfolgreich agieren könnten, und sehen den eigenen Einflussbereich als Ergebnis von Angebot und Nachfrage auf einem hart umkämpften Markt, der Gefahr läuft, durch zu viele Regelungen eingeschränkt zu werden; dies geht aus ihrer Sicht zu Lasten des Nutzers, der lernen müsse, selbstständig zu agieren und nicht vor sich selbst beschützt werden sollte.

Die folgende Abbildung veranschaulicht abschließend in etwas vereinfachter Form die jeweiligen Beziehungen der Akteure untereinander:

Das Netz der Netz-Akteure



Wirtschaft und Politik sind somit die prominentesten Einflussgrößen, sie stehen im Zentrum und sind die wichtigsten Bezugspunkte für die anderen Akteure. Die Art und Weise, wie Politik und Wirtschaft „das Netz aushandeln“ und wer jeweils die Oberhand hat, wird insbesondere von den Medien, aber auch von der Wissenschaft kontinuierlich verfolgt. Vertreter der Zivilgesellschaft haben gleichsam beide Akteure im Blick und sind Berater und Impulsgeber für die Politik (aber auch kritische Korrektoren), da für sie vor allem die Rechte und Freiheiten der Bürger im Mittelpunkt stehen, die sie durch den Staat gewahrt sehen möchten. Vertreter der Zivilgesellschaft stehen innerhalb des aktiv gestaltenden Kerns der Netz-Entscheider, da sie sich als integralen Teil der Netzkultur betrachten. Medien und Wissenschaft stehen außerhalb des Systems, sie beobachten und ordnen ein. Die Wissenschaft betrachtet ihre eigene Rolle allerdings deutlich aktiver: Sie möchte beraten, mahnen und Aufgaben an Wirtschaft und Politik verteilen, wird von diesen aber nicht gesehen.

Die Spannungsverhältnisse zwischen Politik und Wirtschaft im Internet-Diskurs ähneln in ihrer Struktur anderen gesellschaftlichen Konfliktfeldern. Auch bezüglich Finanzkrise oder Energiewende kreisen die Entscheidungen rund um Regulierung, Selbstverpflichtung, Kostenverantwortung und Bürgerinteressen. Die Debatte um Vertrauen und Sicherheit im Internet kann somit auch als symptomatisch für das Verhältnis von Wirtschaft und Politik betrachtet werden.

Das Internet gibt es nicht (mehr)

Das kleine Zeitfenster für grundlegende Weichenstellungen in punkto Vertrauen und Sicherheit im Internet ist vor allem dadurch bedingt, dass es „das Internet“ nicht mehr lange geben wird: Aus diesem Grund kann man gar nicht mehr vom „Internet an sich“ sprechen, sondern muss alle Themenbereiche und Aufgabenfelder künftig immer auch in ihrer Online-Dimension denken. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es den Akteuren kaum möglich und sinnvoll erscheint, Spannungsverhältnisse wie z.B. Sicherheit vs. Freiheit oder Vertrauen vs. Kontrolle pauschal für das Internet als Ganzes zu definieren. Das bedeutet aber auch, dass es immer schwieriger wird, für den Verhandlungsraum „Internet“ generell gültige Regelungen und gegenseitige Vereinbarungen zu treffen.

„In absehbarer Zukunft wird für den Großteil der Gesellschaft ohnehin gelten, dass es das Internet gar nicht gibt, sondern wir in ganz unterschiedlicher Art und Weise auf Dienstleistungen online zugreifen. Und uns vielfach gar nicht klar sein wird, dass das jetzt das Internet mal war.“

„Entschuldigung, aber Sie reden immer von dem Internet. Das gibt's nicht. Sie können sich zwar ins Internet einloggen, aber sie werden ja vermutlich nicht die schönen TCP/IP-Pakete betrachten, sondern Sie gehen zu Amazon, Sie gehen zu einem Reisebüro, Sie gehen zum, was weiß ich, zu 'nem Gartenhandel.“

„Also das Internet, das ist so wie ‚die Deutschen‘, inzwischen gibt es das ja gar nicht mehr. So wie die Deutschen in viele Bevölkerungsgruppen, Migrationshintergrund usw. zerfallen, in Singles und Senioren usw., die wenig noch miteinander gemeinsam haben, zerfällt natürlich auch das Internet.“

„Es kann keinen Knigge für die digitale Nutzung geben, sondern es gibt einen Knigge und da ist die digitale Nutzung ein Bestandteil sozusagen. Weil es sich ja nicht unterscheidet, wie ich jetzt mit Ihnen kommuniziere, ob wir uns gegenüber sitzen oder ob wir uns jetzt eine E-Mail schreiben oder telefonieren.“

Dies zeigt umso mehr, dass die Entwicklungen im „Kampf um das Internet“ einen wesentlichen Einfluss darauf haben, wie wir in Zukunft leben werden und welche Rolle die digitale Infrastruktur darin spielt. Die thematisierten Konfliktfelder machen deutlich, dass sich der Diskurs von einer rein technologischen Perspektive zunehmend zu einer Frage nach der „digitalen Kultur“ bewegt. Es geht im Unterschied zu vorausgehenden technologischen Revolutionen nicht nur darum, wie neue „Lebensvereinfachungen“ sinnvoll in die bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen integriert werden können, sondern um die Definitionsmacht für zentrale Werte einer Gesellschaft. Die Langwierigkeit und Komplexität demokratischer Entscheidungsprozesse und die notwendige Fokussierung auf die nationalstaatliche bzw. europäische Ebene lassen die Spielräume für die Politik als begrenzt erscheinen. Gleichzeitig wird – insbesondere seitens der Bevölkerung – gerade bei der Politik ein großer Teil der Verantwortung für Vertrauen und Sicherheit im Internet gesehen.

Aktuell wirkt im Internet jedoch die normative Kraft des Faktischen: Wer schon mal da ist und sich etabliert hat, bestimmt die Spielregeln – denn dort, wo Freiräume existieren, kann man viel gestalten.